

# Nein zur Entwaffnungsinitiative!



Bernhard Hess,  
e. Nationalrat,  
SD-Geschäftsführer,  
Bern

Am 13. Februar 2011 stimmen wir über die Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt» (wohl eher Entwaffnungsinitiative!) ab. Dieses Volksbegehren wurde von Kräften lanciert, welche die Armee abschaffen wollen. Die Initiative zielt einzig auf die Entwaffnung der Wehrmänner und somit auf die Entwaffnung von uns Schweizern. Sie ist deshalb entschieden abzulehnen.

Machen wir uns keine Illusionen: Von diesem linken Volksbegehren sind die **Kriminellen** nicht betroffen – auch die ausländischen Delinquenten nicht. Diese besitzen

POSTCODE  
AZB 3806 Bönigen

ihre Waffen meist illegal. Die Initiative macht nicht die geringste Anstrengung, diesen gefährlichen Besitzern von Waffen ihr übles Handwerk zu legen.

Im Gegenteil: Wenn alle Schweizer entwaffnet werden, besitzen in der Folge die **Verbrecher** und gewisse **Ausländer** ein **Waffenmonopol**. Das wird diese möglicherweise motivieren, ihre Waffen noch viel rascher und viel skrupelloser einzusetzen.

## «Heimatmüde» am Werk

Im vergangenen Jahr hat die Sozialdemokratische Partei (SP) beschlossen, die Abschaffung der Armee als Ziel in ihr Parteiprogramm aufzunehmen. Die zweite federführende Kraft hinter der Waffeninitiative ist die «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GsoA)». Damit ist das Wesentliche über die wahren Ziele der Initianten gesagt: Die Waffeninitiative greift unsere Milizarmee und das freiheitliche Schweizer Staatswesen an. Natürlich sind nicht alle der Organisationen, welche die Initiative unterstützen, offene Armeegegner. Es hat auch einige, denen zugewilligt werden darf, ernsthaft den Schutz und die Prävention fördern zu wollen. Deren Anliegen nehmen wir ernst. Doch sie sitzen der ideologisch motivierten Linken auf, denn leider kann die Entwaffnungsinitiative keinen Beitrag zu mehr Sicherheit in der Schweiz leisten. Machen wir alle die Augen auf: Der allergrösste Teil der Initianten stammt aus den Kreisen, die in regelmässigen Abständen Initiativen zur Schwächung und Abschaffung der Armee einreichen oder unterstützen. Wer glaubt, die GSoA engagiere sich für die Suizidprävention, der sitzt einem gewaltigen Irrtum auf!

## Schwächung der Milizarmee

Die Entwaffnungsinitiative schwächt unser Milizsystem, das darauf beruht, dass wir ein Staatswesen aufrechterhalten, den einzelnen Bürgern vergleichsweise mehr Rechte, aber auch Pflichten und Verantwortung zubilligt. Die Initianten versuchen ein anderes Gesellschaftsmodell zu etablieren. Eines, das den Staat voranstellt und die Bürger bevormundet – weil diese Kreise davon ausgehen, dass der «dumme» Bürger geführt werden muss, um sein Glück zu finden. Dieses Gesellschaftsmodell lehnen wir Schweizer Demokraten klar ab



**Waffenmonopol für Verbrecher?**

**Entwaffnungs-Initiative NEIN**

und setzen lieber auf Selbstverantwortung. Eine der zentralen Fragen dieses Abstimmungskampfes lautet: Macht die Heimbewahrung der persönlichen Armeewaffe heute noch Sinn? Die Antwort ist: Ja, klar! Natürlich sind die Zeiten vorbei, in denen sich ein Soldat von zu Hause zum Einsatzort durchschlagen musste. Aber dieser Mythos wird nur von den Initianten, oder von This Jenny (SVP) und – leider – einigen Medien gepflegt, nicht von der Armee oder ihr Nahestehenden.

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 3 Katalysatoren des Niederganges eines Kulturvolkes
- 4 Unsere Partei ist 50 Jahre jung!
- 7 Die «Weltwoche» produziert Märchengeschichten!
- 8 SD-Marktplatz
- 9 Landratswahlen Baselland
- 10 Aus den Kantonen
- 11 Gedanken zum Jahreswechsel
- 15 Leserbriefe

## Nein zur Entwaffnungsinitiative

Fortsetzung von Seite 1

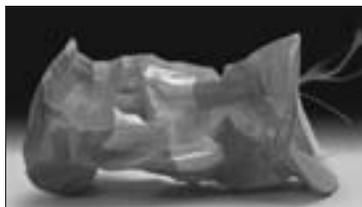
### Persönliche Waffe als Eigenschutz

Die persönliche Waffe ist nicht ein Ausrüstungsgegenstand wie jeder andere. Sie dient unseren Soldaten zur Erfüllung des Auftrages und dabei für den Eigenschutz. Eine umfassende Schiessausbildung ist deshalb ein wichtiger Beitrag zur Bereitschaft einer glaubwürdigen Armee. Ein Teil dieser Schiessausbildung ist die ausserdienstliche Schiesspflicht. Viele sagen, der Wert des «Obligatorischen» sei gering. In einer Milizarmee steht für jeden Teil der Ausbildung weniger Zeit zur Verfügung – im Vergleich zu einer Berufsarmee. Aber deswegen ist diese Ausbildung nicht weniger wichtig – im Gegenteil! Je mehr Praxis der Schütze aufweist, desto besser und sicherer handelt er, die Unfallgefahr wird minimiert. Es ist deshalb zu begrüssen, dass viele Soldaten zusätzlich zum «Obligatorischen» am Eidgenössischen Feldschiessen oder an anderen Schiessanlässen teilnehmen. Die obligatorische Schiesspflicht darf nicht mit einem unverhältnismässigen Aufwand verbunden sein. Wird die Armeewaffe im Zeughaus gelagert, bedeutet das für den Wehrmann je nach Wohnort einen mehrstündigen Reiseweg: vor und nach dem jährlichen Wiederholungskurs sowie vor und nach dem «Obligatorischen»!

### Hohe Kosten

Eine zentrale Lagerung würde hohe Kosten verursachen. Heute muss der Soldat selber für die Wartung der Waffe, ihre Funktionsfähigkeit und die Lagerung sorgen. Würde die Initiative angenommen, bedeutet das für den Steuerzahler:

- einen einmaligen Arbeitsauf-



## Schweizer Werte zerstören?

Nutzlose linke Waffenenitiative **NEIN**

wand in der Höhe von 4,9 Millionen Franken für die Rücknahme der Armeewaffen. Gemäss Armeechef André Blattmann müssten dafür 47 Mitarbeiter eingestellt werden. 47 neue Stellen ohne Mehrwert für die Sicherheit. Das ist nun wirklich absolut unvernünftig und überflüssig!

- jährlich weitere 2,8 Millionen Franken für die Herausgabe und Rücknahme und die Instandhaltung der Armeewaffen.
- jährlich 11,2 Millionen Franken für die Durchführung des «Obligatorischen».
- Zusätzliche bauliche Kosten für die Erstellung der entsprechenden Sicherheitsräume wurden noch nicht einmal beziffert.
- Die Entwaffnung der Schweizerinnen und Schweizer verursacht zudem weitere massive Kosten, die nichts mit der Armeewaffe zu tun haben und von denen bis heute kaum jemand gesprochen hat. Hunderttausende von privaten Waffen wurden gesetzeskonform erworben. Der Einzug dieser Waffen wäre somit eine Enteignung, für die der Staat gemäss Verfassung eine Entschädigung zahlen müsste.

Was das kostet, kann nicht beziffert werden. Australien hat in den 1990er Jahren für eine vergleichbare Aktion rund 500 Millionen Australische Dollars aufgewendet – ohne Auswirkungen auf die Gesamtsuizidrate notabene!

### Mündige Schweizer Bürger

Der wichtigste Grund für die Heimabgabe der persönlichen Armeewaffe bleibt aber das Vertrauen zwischen dem Staat und seinen Bürgern in Uniform. Wir wollen eine Armee, die von den Bürgern gebildet – und nur bei ernsthaftem Bedarf mobilisiert werden soll. Dass in diesem Fall die Bürger mit ihrem Leben für die Sicherheit unseres Landes einstehen, bedingt, dass wir ihnen Vertrauen schenken und sie professionell ausrüsten und ausbilden. Der Geist der Waffenenitiative ist das Gegenteil dessen – sie wähnt, in den eigenen Bürgerinnen und Bürgern die Gefahr für Staat und Gesellschaft zu erkennen. Das muss jeden freiheitlichen Politiker aufrütteln und jeden mündigen Bürger alarmieren. Das Recht auf verantwortungsvollen privaten Waffenbesitz war stets ein Kennzeichen der Demokratie. Diktaturen hingegen haben stets die Bevölkerung entwaffnet. Wer den Glauben an den eigenen Bürger verliert, bezweifelt die Grundlagen der Demokratie. Dass nicht alle Regierungen dieser Welt ihren Bürgern dieses Recht und Vertrauen zubilligen können oder wollen, spricht in erster Linie für unsere Schweizerinnen und Schweizer – nicht gegen sie!

Mich erstaunt die Einmischung eines UNO-Ausschusses in unseren Abstimmungskampf. Dieser forderte kürzlich von der Schweiz, «Massnahmen zu ergreifen, um den Zugang zu Waffen zu erschweren, die im Zusammenhang mit

dem Militärdienst zuhause aufbewahrt werden.» Es scheint mir, es gibt doch für die UNO wichtigere Probleme, als angebliche Sicherheitsprobleme der Schweiz zu lösen. Und man möchte ihr wünschen, die UNO hätte dabei ähnlichen Erfolg wie wir in der Schweiz! Dass die Initianten der Waffenenitiative den Uno-Bericht bejubelt haben, erstaunt mich noch weniger. Sie unterstreichen damit ihr Bild einer unmündigen Schweizer Bevölkerung!

### Keine Suizidprävention

**Die Entwaffnungsinitiative ist irreführend und verhindert keine Gewalttaten. Gegen den kriminellen Waffenmissbrauch wird mit der Initiative nichts unternommen und die tatsächlichen Ursachen von häuslicher Gewalt und von Selbstmorden werden gänzlich ignoriert.** Die Waffenenitiative führt zu mehr Bürokratie und kostet den Steuerzahler Millionen Franken. Sie ist ein Angriff auf die Schweizer Milizarmee; sie gefährdet die Jagd und das Schiessen als Breitensport. Die Waffenenitiative ist ein Etikettenschwindel: Unter dem Deckmäntelchen der Gewaltprävention verfolgen die Initianten unter der Führung von SP und GSoA ihre wahren Ziele: die Abschaffung der Armee! Gleichzeitig zerstört die Initiative schweizerische Traditionen und Werte wie Freiheit, Vertrauen, Eigenverantwortung, Sicherheit und Unabhängigkeit. Zusammen mit der Schweizerischen Offiziersgesellschaft und den weiteren Milizorganisationen, dem «Swiss Olympic», dem Dachverband des Schweizer Sports, sagen wir Schweizer Demokraten (SD) entschieden **Nein zur Zerstörung von Schweizer Werten und Nein zur schädlichen linken Entwaffnungsinitiative!**

## Ein Leben in feldgrau – Una Vita in grigioverde

Vigilio Massarotti (1921–2010) beschreibt seine Bubenzeit bei Payerne, die Jugend in Novaggio (Malcantone), frühe Begegnungen mit Soldaten, Artillerie, ersten Fliegertruppen, seine Zeit als Sanitätsrekrut in Basel, dann als Fourier, Quartiermeister bis Kriegskommissär der Gotthard-Division als Oberst. In der Basler Pharma-Industrie war er als Doktor der Chemie, in Rheinfelden als Siedlungsleiter des Augartens tätig. Der lebenswürdige, mehrsprachige Tessiner verstarb anfangs 2010, kurz nach Erscheinen seiner, bereits 1977 verfassten Lebenserinnerungen. Sohn eines Italieners, der noch im Ersten Weltkrieg in den Dolomiten

gegen Österreich-Ungarn kämpfen musste, wurde er patriotischer Tessiner und Musterschweizer. Er schildert in italienischer Sprache die Vorgeschichte und die Zeit des Zweiten Weltkriegs im Sinn von «Ticinesi son bravi soldà», 1857 Dienstage hat er in 56 Jahren geleistet. «Tutto tempo perduto?» fragt er am Ende, schwelgt hingegen in Erinnerungen seiner ungewöhnlichen militärischen Laufbahn.

Das über 300-seitige Buch schildert die Bedrohung zwischen 1939 und 1945, besonders die Zeit nach der «Drôle de Guerre» mit dem Durchbruch durch die Maginot-Linie. Wären Hitlers Armeen damals

nicht durchgedrungen, so wären sie über Basel eingebrochen, wo General Guisan Verstärkung aus Uri, Schwyz, Unterwalden und Luzern dorthin verlegte. Der deutsche Angriff wurde im Morgenrauen des 15. Mai 1940 erwartet.



Es ist überliefert und Massarotti glaubt fest daran: Damals erschien über Basel und bis Langenbruck sichtbar Niklaus von Flüe in einer Wolke. Die eben

eingetroffenen Innerschweizer seien damals niedergekniet, wie einst die «Alten Eidgenossen» vor den entscheidenden Schlachten. Sie hätten auch jetzt gekämpft, wie 1444 bei St. Jakob. Diese Erscheinung sei von Abertausenden wahrgenommen worden.

Die Kehrseite war hingegen die Delegierten-Versammlung der Sozialisten (SP). Diese wollen, wie 1918, unsere Armee – am liebsten auch gerade noch die Schweiz – abschaffen.

Robert Berner, geb. 1918, 1261 Dienstage in grigioverde. Buch: *Una Vita in grigioverde, Pedrazzini Locarno, pubblicazione 795 gewidmet «Ai figli d'Elvezia».*

Ethniefremde Einwanderung und ethniesuizidale Fertilität

# Katalysatoren des Niederganges eines Kulturvolkes

Vorerst ist festzustellen, dass man unter einer «Ethnie» Menschen versteht, die dank der gleichen sprachlichen und kulturellen Eigenschaften, – bzw. Merkmalen, zusammen gehören.

Unsere Schweiz ist ein Sonderfall, weil in diese Zusammengehörigkeit vier Sprachen (deutsch, französisch, italienisch, rätoromanisch) eingebunden sind. Die gemeinsamen, kulturellen Eigenschaften wurden in einem Jahrhunderte dauernden Werdungsprozess erarbeitet, der nicht immer schmerzlos verlief. Einige dieser kulturellen Werte seien hier aufgezählt. Es sind dies:

- Freiheitsliebe und Toleranz;
- Selbstverantwortung und Leistungswille;
- das Vorsorge- und Sicherheitsdenken;
- der Helferwille gegenüber in Not geratenen Mitmenschen;
- Bescheidenheit, Pünktlichkeit, Sauberkeit und Exaktheit;
- Gesetzestreue und das Bestreben, die selbst gegebenen Regeln einzuhalten;
- die Verachtung korrupten Handelns.

**Diese Eigenschaften haben sich institutionell niedergeschlagen in der «Direkten Demokratie», dem «Föderalismus», dem «Subsidiaritätsprinzip», dem Hochhalten des Genossenschaftsgedankens und dem erfolgreichen Wirtschaften zahlreicher KMU.**

Die unrühmlichen Ausnahmen von vielen dieser Tugenden kennen wir aus der Finanz-Branche, von den Globalisierungsfanatikern und den Wachstumsgläubigen.

Offensichtlich bedroht wird der erreichte Standard durch die seit 1948 betriebene Einwanderungspolitik und die völlig ungenügende Geburtenzahl der einheimischen Bevölkerung (= ethniesuizidale Fertilität).

**Die Entwicklung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung seit 1980 aus klar fremden Ethnien (1) und aus Ethnien, die bei grosszügiger Auslegung des Ethniebegriffs als assimilierbar betrachtet werden können (2).**

1.)	1980	2008
Portugal	10 863	196 842
Jugoslawien (Serbien/Montenegro)	44 094	184 428
Türkei	38 353	72 204
Afrika	10 539	54 791

Amerika	20 838	69 777
Asien/Ozeanien	22 829	100 709
<b>Total</b>	<b>147 516</b>	<b>678 761</b>

2.)		
Frankreich	48 002	87 385
Italien	423 008	291 585
Spanien	98 098	65 166
<b>Total</b>	<b>569 108</b>	<b>444 136</b>

Dabei ist zu beachten, dass durch die rekordhohen Einbürgerungen ungezählte weder integrierte noch viel weniger assimilierte ethniefremde Zuwanderer laufend aus der Statistik verschwinden und damit das Bild in unzulässiger Art und Weise schönen.

Es hiesse Wasser in die Aare tragen, wollte man hier an dieser Stelle die Folgen dieser Entwicklung in den Gesellschaftsbereichen – der Schulen und der Arbeitsqualität;

– der Sozialbedürftigkeit und der Kriminalität detailliert darlegen. Sicher ist, dass unserem Sozial- und Rechtsstaat enorme Kosten aus diesen ethniefremden Entwicklungen erwachsen.

Dramatisch berührt die Entwicklung, wenn zur Kenntnis genommen wird, dass das Wachstum der Bevölkerung schweizerischer Nationalität seit Jahren praktisch nur auf Grund der Einbürgerungen ausländischer Staatsangehöriger zu Stande kam, und dass von 1998 bis 2007 alljährlich ein Geburtendefizit festzustellen war.

Dabei war die durchschnittliche Geburtenrate pro Frau bei weniger als 1,5 Kindern, wobei die Neubürgerinnen deutlich besser abschnitten als die alteingesessenen Schweizerinnen. Deutlich höhere Kinderzahlen pro Frau sind bei der ständigen Wohnbevölkerung aus fremden Ethnien laut Tabelle 1 zu erwarten. Dieses Phänomen zusammen mit dem oben angedeuteten Einwanderungsüberschuss ist eine echte Bedrohung unserer einheimischen Ethnie mit all ihren Werten.

## Das Beispiel Südafrika

Dieses Land ist ein Paradebeispiel für viele Befürworter einer multi-ethnischen Bevölkerung und wird etwas sehr voreilig als Erfolgsmodell hochgejubelt. Die Analyse des «Instituts für Staatspolitik» in Albersrode zeigt



*Ethniefremde Zuwanderung verursacht enorme Sozialkosten.*

ein sehr differentes Bild. Mit dem Fall der «Apartheid-Politik» wurde eine Umkehr der vorher gültigen Politik der Werte nach den Gesetzen der Marktwirtschaft westlicher Prägung eingeleitet. Die daraus resultierende demographische Entwicklung kann mit den folgenden Zahlen dargestellt werden.

**Schwarze Bevölkerung anfangs des 20. Jahrhunderts:**

3,5 Mio.

**Zu Beginn der Apartheid (1948):**

8,5 Mio.

**Ende der Apartheid (1990):**

38 Mio

**Gesamtbevölkerung im Juni 2009:**

49,3 Mio

**Davon Schwarze:**

39,1 Mio

**Weisse (Europäer):**

4,47 Mio

**Mischlinge:**

4,4 Mio

**Inder:**

1,27 Mio

Wegen der massiven Abwanderung – insbesondere gut ausgebildeter Weisser, aber auch wegen der steten Verschlechterung des zivilisatorischen Standards und als Folge der sehr differenten Natalität zwischen weisser und schwarzer Bevölkerung, rutscht Südafrika zur Zeit rasant ab in Richtung der Zustände wie sie von Simbabwe her bekannt sind.

Während die Mischlinge gerade noch den Erhaltungsbedarf reproduzieren (= 2,1, Kind pro Frau), hat die weisse Bevölkerung eine Geburtenhäufigkeit von 1,7 Kindern pro Frau, während sich die schwarze Bevölkerung mit 2,7 Kindern pro Frau ganz klar auf Wachstumskurs befindet.

Bereits heute ist festzustellen, dass unter der Apartheid die schwarze Bevölkerung aufgestiegen ist und sich ihre Lebensbedingungen, Alphabetisierung und Lebenserwartung verbesserten; dass unter der ANC-Regierung hingegen Armut und Ungleichheit ansteigen und die Lebenserwartung einbricht. Dies sei nicht zur Verteidigung des Apartheid-Systems festgestellt, sondern als Beweis, dass die Herrschaft einer andern Ethnie (der Schwarzen) zu fundamental veränderten Lebensbedingungen in einem Staat führt.

*Zitat: Es ist eine der grössten Fehleinschätzungen der Anhänger des Multikulturalismus zu glauben, dass funktionierende Institutionen (wie sie Südafrika unter dem Apartheidregime zweifellos hatte) ein Staatsvolk prägen. Tatsächlich ist es genau umgekehrt.*

**Die Kultur eines Volkes bestimmt die Art und Weise seiner Institutionen und ihr Funktionieren.**

**Südafrika befindet sich auf Grund der veränderten ethnischen Dominanz im rasanten, zivilisatorischen, kulturellen Niedergang.**

**Die Schweiz – nüchtern betrachtet – verliert ebenfalls laufend an Lebensqualität.**

**In beiden Fällen sind die ethniefremden Einwanderungen und die ethniesuizidale Fertilität die Katalysatoren dieser Entwicklung.**

**Trübe Aussichten für das (erklärte) Einwanderungsland Schweiz!**

*Hans Spitz, Köniz*



# 1961 bis 2011: Unsere Partei ist 50 Jahre jung SD

**– eine beachtliche politische Leistung!**

Schweizer Demokraten

## 1. Teil: Unsere Parteigeschichte in Kurzform



Rudolf Keller,  
e. Nationalrat,  
Frenkendorf

Mit Jubiläen ist das so eine Sache. Manche feiern sie, andere nicht. **Wir Schweizer Demokraten haben uns entschlossen, das 50-jährige Bestehen unserer Partei zu feiern.** In jeder Zeitungsausgabe des Jahres 2011 werde ich über die Geschichte unserer Partei berichten. Diese tolle Aufgabe wurde mir anvertraut, weil ich der amtsälteste Politiker unserer Partei bin und weil ich sehr viele interessante Dinge über unsere politische Bewegung, Aktion oder Partei (wie man das auch immer sehen will) zu berichten weiss. Seit 1972 bin ich in unseren politischen Gremien dabei. **Nebst den Beiträgen in unserer Parteizeitung feiern wir das 50-Jahr-Jubiläum auch am 1. August 2011 in einem grössten Rahmen miteinander.**

Wir freuen uns schon heute auf die diesjährige 1.-August-Feier! 50 Jahre auf der politischen Bühne unseres Landes zu sein, zeugt von sehr viel Einsatz, Kampf und Herzblut für unser Land – aber natürlich auch für unsere gemeinsame Sache, die wir vertreten.

### 1961 wurde Fritz Meier aktiv

Im Herbst des Jahres 1961 wurde unsere Partei gegründet, damals als reine **Kampforganisation unter dem Namen «Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat (NA)»**. Hauptinitiant war Fritz Meier aus Ellikon an der Thur. Zum ersten Aktionskomitee gehörten allesamt Leute, die heute leider nicht mehr unter uns weilen. Dies waren:

- F. Meier, Konstrukteur, Ellikon an der Thur (Präsident)
- A. Perret, Lehrer, Zollikon
- G. Meier, Beamter, Luzern
- E. Alther, Arzt, Thalwil
- H.R. Frei, Lehrer, Stammheim
- M. Keller, Betriebsleiter, Winterthur
- E. Perret, Mathematiker, Burgdorf

- H. Ruckstuhl, Rentner, Winterthur
- J.K. Pfister, dipl. Ing. Effretikon
- R. Ganzhorn, technischer Angestellter, Winterthur

Die oben aufgeführten Männer waren sich gewohnt, Abend für Abend, Wochenende für Wochenende eigenhändig Abertausende von Flugblättern zu verteilen und so unsere NA immer bekannter zu machen.

**Diesen mutigen Männern gebührt heute, 50 Jahre später, unser Dank und unsere Hochachtung für ihr mutiges und unerschrockenes Auftreten.**



Vordere Reihe links: Fritz Meier, Nationalrat 1977 bis 1991, 1987 Alterspräsident im Nationalrat, Gründer unserer Partei – in der Mitte Nationalrat Hans Steffen, Fischenthal/ZH – rechts Nationalrat Markus Ruf, Bern

Später wurden **Eduard Perret und der Basler Grossrat Rudolf Weber, Zentralpräsidenten der NA. Weber war übrigens 1968 einer der ersten zwei kantonalen Politiker unserer Partei.**

In unserer nächsten Zeitungsausgabe drucken wir das erste Programm der Nationalen Aktion ab. **Daraus ist ersichtlich, dass die NA schon damals eine politische Bewegung war, welche nicht nur die Einwanderung bekämpfte, sondern auch sehr sozial und umweltbewusst auftrat.** Diese nationale, ökologische und soziale Politik hat sich bis heute wie ein roter Faden durch die Geschichte unserer Partei fortgesetzt. Und damit grenzen wir uns auch bis heute gegenüber allen andern Parteien ab! Damit wurden wir politisch eingeordnet:

**Wir sind seit 1961 bis heute weder links noch bürgerlich angesiedelt! Wir sind bis heute eine Volksbewegung jenseits des veralteten Politischemas.**

### Zeitung «Volk und Heimat» seit 1965

Es war über Jahrzehnte eine grosse Leistung, regelmässig unsere Parteizeitung herauszugeben. Dahinter steckte viel politische und journalistische Arbeit. Die Zeitung war früher wie heute das wichtigste Bindeglied zu unseren Mitgliedern, Abonnenten und Sympathisanten. 1990 wurde unsere Zeitung in «Schweizer Demokrat» umgetauft. Und mit unserer Zeitung ha-

ftung unserer Anliegen in der Schweizer Politik musste auch auf der Ebene des Parlamentsweges angepeilt werden. Erstmals beteiligte sich die Nationale Aktion 1963 im Kanton Zürich – unter der Führung von Fritz Meier – an den Nationalratswahlen. Damals noch ohne Erfolg. Vier Jahre später war es dann aber so weit. **Dr. James Schwarzenbach, der sich relativ kurz vor den Nationalratswahlen 1967 der NA angeschlossen hatte, wurde als erster Vertreter in den Nationalrat gewählt.** Schwarzenbach war also nicht der Gründer der NA und auch nicht der Initiant der zweiten Anti-Überfremdungsinitiative, über die am 7. Juni 1970 abgestimmt wurde. Es ist aber noch in bester Erinnerung, mit welchem Einsatz James Schwarzenbach in diesen Jahren unsere Anliegen, vor allem im Zusammenhang mit der zweiten Anti-Überfremdungsinitiative, vertreten hat. **Nur knapp hat die Nationale Aktion diese Volksabstimmung gegen die Überfremdung verloren (46% Ja-Anteil).** Die Initiative ging auch unter dem Namen «Schwarzenbach-Initiative» in die Geschichtsbücher ein. Leider erachtete es dann aber James Schwarzenbach nach 5-jähriger Aktionsmitgliedschaft für nötig, sich von der Nationalen Aktion zu lösen, um eine eigene Partei, die «Republikaner», zu gründen.

**Übrigens: Abspaltungen gab es immer wieder. Letztlich waren das aber immer (ohne Ausnahme!) nur Randerscheinungen, die sich über kurz oder lang – meistens in Kürze – im Nichts auflösten.**

### 1971 gab es zehn aktive NA-Kantonalsektionen

Im Oktober 1971 gab es bereits in zehn Kantonen eigenständige Kantonalparteien: Aargau, Bern, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Genf, Schaffhausen, Solothurn, Thurgau, Waadt und Zürich. Die Nationale Aktion holte damals vier Nationalratssitze. Von da an war sie eine politische Kraft – eine Partei, die von den politischen Gegnern ernst genommen wurde. **Es folgte ein neuer starker Mann, Valentin Oehen, der 1971 im Kanton Bern in den Nationalrat gewählt wurde.** Unter Zentralpräsident Oehen ent-

ben wir jeweils auch das nötige Geld gesammelt, um die Partei zu finanzieren. Mit nur wenigen Festangestellten, aber umso mehr freiwilliger Arbeit, brachten wir unsere Partei 50 Jahre über die Runden. **Den vielen Spenderinnen und Spendern sei Dank!**

### Einige Petitionen, Referenden und Volksinitiativen folgten

Verschiedentlich versuchten es unsere Vertreter, mit Petitionen, Referenden und Volksinitiativen politische Erfolge einzufahren. Und einige Male konnten wir damit auch Vollerfolge erzielen. Mehr dazu in den nächsten Zeitungsausgaben.

### Politische Mandate = Macht!

Das war schon unseren Gründervätern klar. Eine erfolgreiche Ver-

wickelte sich die Nationale Aktion weiterhin zu einer Partei, die auch in kantonalen und lokalen Parlamenten Fuss zu fassen begann. Zahlreiche erfolgreiche Initiativen und Referenden folgten. Als Beispiele seien hier nur **die Staatsvertrags-Initiative, die 1.-August-Initiative, das erfolgreiche Referendum gegen den Ausverkauf der Heimat und die Ablehnung von erleichterten Einbürgerungsvorlägen** erwähnt. Sie alle sind ein Teil der Schweizer Polit-Geschichte und wir leben als Partei noch bis heute von und mit diesen Erfolgen.

Und nicht zuletzt gilt es festzuhalten, dass nur dank unserem stetigen politischen Druck mit Volksinitiativen und Referenden in unserer Schweiz «nur» so viele Ausländer leben wie wir heute haben und nicht noch viele mehr. Natürlich hätten wir alle gerne weniger Einwanderer im Land, aber immerhin: Das ist DIE herausragende historische Leistung unserer Partei!

1973 wurde die Jung-Nationale Aktion JNA von mir und einigen weiteren Jungen gegründet. Es ging aufwärts mit unserer Partei.

### Erfolgreiche 80er-Jahre

Auch in den 80er-Jahren konnten wir Erfolge erzielen. So wurde dank einem NA-Referendum ein zu freizügiges Ausländergesetz abgelehnt. In Zürich wurde eine NA-Grünflächen-Initiative angenommen und wir gewannen verschiedene Kantonalwahlen. Die NA war in den achtzigern stets am Ball. **Auf Zentralpräsident Nationalrat Valentin Oehen folgte 1980 der Thurgauer Kantonsrat Hans Zwicky und dann 1986 der Baselbieter Rudolf Keller als Zentralpräsident, also der Schreibende.**

### 1990 von NA zu SD

Am 9. Juni 1990 änderte die NA an der Delegiertenversammlung in Neuenburg den Namen zu «Schweizer Demokraten (SD)». Dieser Entscheid war umstritten, aber er kam immerhin mit mehr

als zwei Drittel der Stimmen zustande. Und bis heute kann sich im Rahmen unserer Partei, wer will, auch weiter «Nationale Aktion (NA)» nennen. Es folgten beispielsweise die erfolgreiche 1.-August-Initiative, das abgelehnte Ausländerstimmrecht im Kanton Neuenburg, **1991 erstmals eine SD-Fraktion mit fünf Nationalräten**, die Ablehnung des EWR, das erfolgreiche Blauhalm-Referendum, **1995 die abgelehnte Lockerung der Lex Friedrich** und viele Mandatsgewinne bis in die späten 90er-Jahre.



### Ab 2000 vor allem gegen die EU

**Im Jahr 2005 wurde Nationalrat Bernhard Hess neuer Zentralpräsident. Der Zürcher Gemeinderat Ueli Brasser folgte drei Jahre später auf Bernhard Hess.** Leider ist

Ueli Brasser vor einigen Monaten verstorben. In diesen 2000er-Jahren führte die SD zusammen mit anderen Parteien und Gruppen vor allem den Kampf gegen den Beitritt zur Europäischen Union und gegen die Bilateralen Abkommen mit der EU. Während dieser Zeit verloren die SD auch einige ihrer politischen Mandate. **Die Geschichte der NA und der SD ist ein Auf- und Ab. Nach den nicht so toll verlaufenen Jahren im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends müsste jetzt eigentlich der Aufbruch kommen.** Wir denken, 50 Jahre NA und SD sollten Grund genug sein, um uns einen neuen Ruck zu geben. Erfreulich ist beispielsweise die Wiederaktivierung der Jungen SD. Nehmen wir die Signale auf und kämpfen wir für unsere SD!

**Lesen Sie nachfolgend im Detail die spannende Geschichte der Nationalen Aktion und der Schweizer Demokraten. Vieles wird Ihnen bekannt vorkommen, einiges ist vielleicht auch neu für Sie...**

## Geschichte der NA/SD

**1961** Gründung unter dem Namen «Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» in Winterthur. Hauptinitiant: Fritz Meier (Ellikon an der Thur ZH). Der Name erinnert an Vorläuferbewegungen in der Vorkriegszeit wie z.B. das Aktionskomitee gegen die Überfremdung.»

**1963** Erstes Parteiprogramm. Zitate: «Verschärfung der Bestimmungen über Lärmbekämpfung, Gewässerschutz und Luftverunreinigung». «Die Überfremdung als Ursache riesiger Überbauungen lässt ganze Landschaften verschwinden.»

**1965** Die Parteizeitung «VOLK + HEIMAT» erscheint erstmals. Petition gegen die Überfremdung.

**1967** Zweite Teilnahme an eidgenössischen Wahlen und erster Erfolg. Gewählt wird James Schwarzenbach (Zürich) als NA-Vertreter.

**1968** Die Zürcher Demokraten ziehen auf massiven Druck der politisch Mächtigen ihre Volksinitiative gegen die Überfremdung zurück und bezahlen damit ihren politischen Tod. Die NA beschliesst als Ersatz eine eigene Volksinitiative zu starten.

**20. Mai 1969** Die NA reicht ihre erste Volksinitiative gegen die Überfremdung ein. Die Gegner nennen sie «Schwarzenbach-Initiative», nach dem damaligen Zentralpräsidenten James Schwarzenbach, damit sich die NA nicht als politische Kraft profilieren könne.

**7. Juni 1970** Grosser Achtungserfolg mit der ersten Initiative vor dem Volk. Über 46 Prozent Ja-Stimmen, obschon im Vorfeld behauptet worden war, die Initiative könne mit nur etwa 25 Prozent der Stimmen rechnen.

**1970/71** James Schwarzenbach verlässt die NA und gründet seine eigene Partei, die «Republikanische Bewegung». Nach kurzer Amtszeit von Rudolf Weber (Basel) wird Valentin Oehen (Köniz) Präsident.

**27. März 1971** Nach der Überwindung innerer Schwierigkeiten beschliesst die Delegiertenversammlung in Olten eine «Grundsatzklärung» über die Bedrohung der Umwelt durch die Weltbevölkerungsexplosion.

**Herbst 1971** Nationalratswahlen: Grosser Wahlsieg. Trotz Abspaltung der Republikaner, die ihrerseits sieben Sitze erobern, vervierfacht die NA ihre Vertretung. Je ein Sitz in den Kantonen Zürich (Dr. Heinrich Müller), Bern (Valentin Oehen), Basel-Stadt (Walter Jaeger) und Waadt (Georges Breny).

**1973** Gründung der Jung-Nationalen Aktion JNA.

**1974** Eine zweite NA-Volksinitiative gegen die Überfremdung wird mit ungefähr einem Drittel Ja gegen zwei Drittel Nein abgelehnt.

**1975** Nationalratswahlen: Verlust der Sitze in den Kantonen Basel-Stadt und Waadt.

**13. März 1977** Die beiden NA-Volksinitiativen für die Beschränkung der Einbürgerungen und für ein Staatsvertragsreferendum werden abgelehnt, jedoch

Teilerfolg beim Staatsvertragsreferendum durch Annahme des Gegenvorschlages der Eidg. Räte, weshalb das Volk künftig zum Beispiel über einen UNO- oder EU-Beitritt abstimmen kann.

**22. Okt. 1977** Eine ausserordentliche Delegiertenversammlung in Olten beschliesst den neuen Namen «Nationale Aktion für Volk und Heimat».

**Herbst 1979** Gegen alle Weissagungen politischer Auguren behauptet die NA ihre beiden Sitze in Zürich (Fritz Meier) und Bern (Valentin Oehen). Die NA-Volksinitiative gegen den Ausverkauf der Heimat wird eingereicht.

**26. April 1980** Delegiertenversammlung in Bern: Hans Zwicky (Frauenfeld) wird neuer Zentralpräsident.

**25. Sept. 1981** Das erste eidg. Referendum der NA gegen ein neues «Ausländergesetz», das die Einwanderung erleichtert hätte, ist gleich von Erfolg gekrönt: 84 000 Unterschriften in zehn Wochen.

**6. Juni 1982** Erster NA-Sieg in einer eidg. Volksabstimmung: Ausser den Genfer «Vigilants» unterstützt keine im eidg. Parlament vertretene Partei die Nein-Parole der NA. Trotzdem Ablehnung des «Ausländergesetzes» mit 690 268 Nein gegen 680 404 Ja.

**27. Febr. 1983** NA-Initiative zur Erhaltung der Zürcher Grünflächen wird angenommen.

**Herbst 1983** Nationalratswahlen: Die NA verdoppelt mit je zwei Sitzen in den Kantonen Zürich (Fritz Meier und Dr. Jean-Jacques Hegg) und Bern (Valentin Oehen und Markus Ruf) wieder ihre Vertretung.

**4. Dez. 1983** Zweiter grosser Abstimmungssieg der NA auf nationaler Ebene. Wieder gegen alle in den Eidg. Räten vertretenen Parteien ausser den «Vigilants» wird das Gesetz über eine erleichterte Einbürgerung von jungen Ausländern, Flüchtlingen und Staatenlosen mit 793 045 Nein gegen 644 537 Ja abgelehnt.

**20. Mai 1984** Die NA scheitert mit ihrer Initiative «gegen den Ausverkauf der Heimat» ganz knapp in der Volksabstimmung mit 837 987 Ja (48,9 Prozent) gegen 874 964 Nein und 8 ½ gegen 14 ½ Ständesstimmen.

**2. Dez. 1984** Ein NA-Referendum verhindert die Einführung eines Ausländerrats in der Stadt Zürich.

**10. April 1985** Neues NA-Volksbegehren «für die Begrenzung der Einwanderung» wird mit 114 875 Unterschriften eingereicht.

**1985/86** Aufsehen erregende Wahlerfolge in verschiedenen Kantonen (u.a. Kanton Waadt, Kanton Bern, Stadt Zürich).

**April 1986** Nationalrat Valentin Oehen verlässt nach persönlichen Differenzen die NA und zieht sich später aus der Politik zurück.

**14. Juni 1986** Rudolf Keller (Frenkendorf BL) wird zum neuen Zentralpräsidenten gewählt. Die Partei findet wieder den inneren Zusammenhalt.

**22. Febr. 1987** Sitzgewinne bei den Baselbieter Landratswahlen. Rudolf Keller wird zum Landrat gewählt.

**5. April 1987** Sitzgewinne bei den Zürcher Kantonsratswahlen, neu 6-köpfige Fraktion.

Fortsetzung Seite 6

- 18. Okt. 1987** Die NA behauptet gegen widrige Umstände 3 Sitze im Nationalrat (Fritz Meier ZH, Markus Ruf BE und Hans Steffen ZH). Parteigründer Fritz Meier wird Alterspräsident im Nationalrat.
- 17. Jan. 1988** Wahlerfolg bei den Basler Grossratswahlen mit zehn Grossrats-sitzen. Der NA-Siegeszug wird im März durch Baselbieter Sitzgewinne fortge-führt.
- 4. Dez. 1988** Die NA-Volksinitiative «für die Begrenzung der Einwanderung» wird mit 732 021 Ja (32,7%) gegen 1 506 468 Nein (67,3%) abgelehnt. Gutes Ab-schneiden bei den Berner Wahlen (7 Sitze).
- 25. April 1989** Lancierung der «Eidg. Volksinitiative für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag – 1.-August-Initiative.»
- März/April 1990** Bei den Wahlen im Kanton Bern, im Kanton Waadt und in der Stadt Zürich verliert die NA Wähler.
- 9. Juni 1990** Die NA ändert an einer schweizerischen Delegiertenversammlung in Neuchâtel ihren Namen auf «Schweizer Demokraten (SD)».
- 16. Juni 1990** Im Kanton Bern wird aufgrund eines SD/NA- und EDU-Referen-dums ein islamfreundliches Kirchengesetz vom Volk verworfen.
- Sept. 1990** Die Parteizeitung «VOLK+HEIMAT» wird in «Schweizer Demokrat» umgetauft.
- 23. Sept. 1990** Im Kanton Neuenburg wird aufgrund eines SD-Referendums die Einführung des passiven Ausländerwahlrechts vom Volk deutlich abgelehnt.
- 24. Okt. 1990** Die SD-1.-August-Initiative wird in Bern mit 104 000 Unter-schriften eingereicht.
- März 1991** Die Unterschriftensammlung für die «Eidg. Volksinitiative für eine vernünftige Asylpolitik» beginnt. Vermehrt stossen jüngere Leute zur Partei.
- 24. März 1991** Grosser Wahlerfolg bei den Baselbieter Landratswahlen, neu Fraktionsstärke. Mässiges Abschneiden bei den folgenden Zürcher Kantonsrats-wahlen.
- 2. Juni 1991** Baselbieter SD-Referendum gegen drei Asylantenunterkünfte er-folgreich.
- 1. Aug. 1991** Die SD/NA feiert in Oberhofen am Thunersee ihr 30-jähriges Be-stehen.
- 20. Okt. 1991** Bei den Nationalratswahlen erringen die Schweizer Demokraten mit 5 Sitzen (+ 2) erstmals Fraktionsstärke. Gewählt sind Markus Ruf (BE), Fritz Stalder (BE), Hans Steffen (ZH), Hardi Bischof (ZH) und Zentralpräsident Rudolf Keller (BL).
- März 1992** Sitzgewinne bei den Baselbieter Gemeindewahlen.
- 6. Juli 1992** Die Eidg. Volksinitiative «für eine vernünftige Asylpolitik» wird mit 122 074 Unterschriften eingereicht.
- 1. Aug. 1992** Lancierung der Eidg. Volksinitiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» Für eine freie Schweiz.
- Nov./Dez. 1992** Sitzgewinne bei Gemeindewahlen im Kanton Bern. Leichte Ver-luste bei den Berner Stadtratswahlen.
- 6. Dez. 1992** Die SD gehört als eine der ganz wenigen Parteien, die geschlossen gegen den EWR kämpfte, zu den Siegern des schicksalhaften EWR-Urnengangs.
- 1993** Aktivierung von Sektionen der Jungen Schweizer Demokraten JSD.
- 26. Sept. 1993** Die SD-Initiative «für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag» wird mit 83,8%, dem höchsten je von einer Initiative erreichten Ja-Anteil, wuchtig an-genommen.
- 4. Okt. 1993** Zusammen mit andern Parteien reichen die SD das Referendum gegen schweizerische Blauhelm-Truppen ein. In nur zweieinhalb Monaten wer-den über 90 000 Unterschriften gesammelt.
- 21. Jan. 1994** Einreichung der Eidg. Volksinitiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk! Für eine freie Schweiz» mit gegen 107 000 Unterschriften.
- 12. Juni 1994** Grosser Abstimmungssieg der SD: Blauhelme, erleichtere Ein-bürgerung junger Ausländer und Kulturartikel werden in Übereinstimmung mit den SD-Parolen abgelehnt.
- 23. Juni 1994** Skandalöser Bundesratsantrag an das Parlament: Die SD-Asyl-initiative wird wegen angeblicher «Unvereinbarkeit mit dem internationalen Völ-kerrecht» kurzerhand als ungültig erklärt!
- 16. Jan. 1995** Die SD sammelten im Alleingang 58 000 Unterschriften und rei-chen das Referendum gegen die Lockerung der Lex Friedrich (gegen den Ausver-kauf der Heimat) ein.
- 19. Feb. 1995** Grosser SD-Erfolg bei den Baselbieter Landratswahlen: nochma-lige Steigerung um 2 auf 7 Landratssitze; Wähleranteil 9%!
- 25. Juni 1995** SD-Sieg: Referendum gegen Lockerung der Lex Friedrich mit 53% angenommen.
- 12. Sept. 1995** Lancierung der Eidg. Volksinitiative «Masshalten bei der Ein-wanderung!»
- 22. Okt. 1995** Die SD verlieren zwei ihrer fünf Nationalratssitze. Glanzvoll wie-dergewählt werden Zentralpräsident Rudolf Keller (BL), Markus Ruf (BE) und Hans Steffen (ZH).
- 11. Febr. 1996** SD-Wahlsieg bei Baselbieter Gemeindewahlen (+3 Mandate) und erstmals Exekutiv-Mandat in Allschwil: Gemeinderat Bruno Steiger.
- 9. Juni 1996** Die SD der Stadt Zürich sammeln innert zwanzig Tagen über 5000 Unterschriften gegen erleichterte Einbürgerungen. Die anschliessende Volksab-stimmung wird gegen den Willen von fast allen namhaften Parteien mit 62% Nein gewonnen.
- 5. Dez. 1996** Rudolf Keller, Markus Ruf und Hans Steffen bilden mit den Tessi-ern Flavio Maspoli (Lega) und Massimo Pini (ex-FDP) die Demokratische Frak-tion.
- 12. März 1997** Die Volksinitiative «Masshalten bei der Einwanderung» schei-tert mit rund 96 000 gültigen Unterschriften im Sammelstadium.
- März 1997** Grosser SD-Wahlerfolg im Kanton Aargau: Neu sieben Grossrats-mandate (bisher drei).
- 8. Juni 1997** Achtungserfolg für die SD/Lega-Initiative «EU-Beitrittsverhand-lungen vors Volk!»: ½-Zustimmung.
- 19. April 1998** Die SD gewinnen in der Stadt Bern zwei (+1) und im Wahlkreis Bern-Land einen Grossratsitz und bilden künftig mit dem FPS-Vertreter und ei-nem Parteilosen eine Fraktion.
- Ende 1998** Markus Ruf wird vom SD-Kantonalverband Bern nicht mehr als Nationalrat aufgestellt. In der Folge tritt Ruf aus der SD aus und politisiert künf-tig beim LdU, wo er jedoch später nicht mehr wiedergewählt wird.
- 24. Okt. 1999** Bei den Nationalratswahlen gehen zwei Sitze verloren. Neuer SD-Nationalrat ist Bernhard Hess, BE.
- 3. Febr. 2000** Das Referendum gegen die Bilateralen Verträge mit der EU wird mit 70 000 gültigen Unterschriften eingereicht.
- 21. Mai 2000** Trotz intensivem Abstimmungskampf geht die Volksabstimmung über die Bilateralen EU-Verträge mit 33,6% Ja-Stimmen ehrenvoll verloren.
- 24. Sept. 2000** Achtungserfolg für die SD: Als einzige im Nationalrat vertretene Partei unterstützen die SD die Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung» (18%-Initiative) vollumfänglich. Zustimmung 36,8%.
- 22. Okt. 2000** Die SD bleiben im Basler Grossen Rat weiterhin mit einer 5-köp-figen Fraktion präsent.
- 27. Nov. 2000** Teilerfolge bei Stadt- und Gemeindewahlen im Kanton Bern: 3 Sitze im Stadtrat; wiederum 2 in Ostermündigen.
- 4. März 2001** Die SD verteidigen im Kanton Aargau vier Gemeindemandate.
- 3. März 2002** Gewinn von total 6 SD-Gemeindemandaten im Kanton Zürich. Jedoch Verlust des SD-Sitzes in der Stadt Zürich.
- 14. April 2002** Halten der drei Berner SD-Grossratssitze.
- 19. Okt. 2003** Die SD können das Berner Nationalratsmandat von Bernhard Hess verteidigen, jedoch keinen weiteren Sitz gewinnen.
- 11. Sept. 2004** Die Eidg. Volksinitiative gegen die aussereuropäische Einwan-derung kommt mit rund 81 000 Unterschriften nicht zustande.
- 24. Okt. 2004** Bei den Erneuerungswahlen in Basel-Stadt verpassen die SD die 5%-Hürde knapp (4,95%) und verlieren sämtliche vier Grossratssitze.
- 28. Nov. 2004** In der Stadt Bern verlieren die SD einen von drei Stadtratssitze. Auf dem Land können die SD-Gemeinderatssitze ausnahmslos gehalten werden.
- 21. März 2005** Die SD und ihre Verbündeten sammeln über 80 000 Unterschrif-ten beim Referendum gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit den neuen EU-Ost-Staaten.
- 8. Juni 2005** Rudolf Keller tritt nach 19 Jahren als Zentralpräsident zurück. Nationalrat Bernhard Hess (Bern) wird neuer SD-Zentralpräsident.
- 25. Sept. 2005** Das Referendum gegen Ost-Zuwanderung geht mit 56% Ja zu 44% Nein-Stimmen ehrenvoll verloren.
- 12. Febr. 2006** SD-Wahlsieg in Zürich: Die SD kehren mit gleich drei Vertre-tern wieder in den Stadtzürcher Gemeinderat zurück. Auch in verschiedenen Zürcher Gemeinden erringen die SD Mandate.
- 21. Okt. 2007** Den letzten Nationalratssitz von Bernhard Hess verlieren die SD zwar, künden aber für die Wahlen 2011 ihre Teilnahme mit Bestimmtheit an.
- 2. Okt. 2008** Die SD reichen zusammen mit der Lega und der JSVP rund 53 000 Unterschriften gegen die Weiterführung und Ausdehnung der EU-Personenfrei-zügigkeit mit Rumänien und Bulgarien ein.
- 30. Nov. 2008** Mit einem Mandat verbleiben die SD nach wie vor im Berner Stadtparlament.
- 8. Febr. 2009** SD-Achtungserfolg: Das Volk nimmt die Weiterführung und Aus-dehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien mit 59,6% zu 40,4% an.
- 8. März 2009** Nach achtjähriger Abwesenheit ziehen die SD mit zwei Sitzen wieder in den Aargauer Grossen Rat ein.
- 7. März 2010** Das durch die SD mitgetragene Referendum gegen den geplanten Pensionsabbau ist erfolgreich: 73% der Stimmenden lehnen die Pensionsenkung ab.
- 7. März 2010** In der Stadt Zürich können die SD zwei Gemeinderatsmandate verteidigen. Ebenfalls gehalten werden die beiden SD-Sitze in der Stadt Winter-thur und in Uster.
- 14. Jan. 2011** Im Jubiläumsjahr beschliessen die SD die Lancierung einer neu-en Initiative «für eine stabile Bevölkerungsentwicklung».

# «Die Weltwoche» produziert Märchengeschichten!

Viele Leserinnen und Leser des «Schweizer Demokrat» schlagen auch regelmässig die Seiten der «Weltwoche» auf. Normalerweise berichtet diese Wochenzeitschrift über Geschehnisse in einer Weise, wie man dies in andern Schweizer Presseerzeugnissen (Ausnahme: Schweizer Demokrat!) nicht findet. Die WW nimmt üblicherweise kein Blatt vor den Mund und dies tut der schweizerischen Medienlandschaft (und dem freien Wort!) sehr gut. In Nummer 1/2011 der WW findet sich nun eine richtiggehend zusammengestellte Story zum Thema 7 Milliarden Menschen auf unserem Planeten. Dies alles sei wie Friede, Freude, Eierkuchen! Denkste, die Realität ist eine Andere!

Bekanntlich gibt es auch wichtige und weniger wichtige Gegebenheiten – über die in der WW berichtet wird. Wenn die WW mal die «Wetterprognosen» nicht ganz richtig vorhersagen kann – Schwamm darüber; der nächste Morgen kommt dennoch!

Doch wenn die WW beim Thema weltweite Überbevölkerung «Fakten» verbreitet, die nicht wahr – nicht wahr sein können – dann kriegt auch die WW die Rote Karte gezeigt. Was schrieb die WW: «Sieben Milliarden und ich» Und dazu: «Bald wird der siebenmilliardste Mensch geboren sein.»

Geschätzte WW-Redaktoren (die «Täter» sind hier eine Sie und ein Er), womöglich wurde der siebenmilliardste Mensch schon längst geboren. Glaubt jemand, dass die Bevölkerungszählung in China oder Indien etwa mit jener in der Schweiz zu vergleichen ist?

**Original-Ton der WW:** «Es ging der Menschheit nie so gut wie heute. Ökonomisch, kulturell, politisch.» Da haben die beiden Journalisten aber mangelhaft recherchiert (oder wollen diese die Leserschaft wesentlich in die Irre führen?). Gibt es denn nicht auch weltweit massive **ökologische Probleme?** (so schmelzen z.B. die Gletscher ab, aber nicht nur im Alpengebiet, sondern auch in Grönland und im Himalayagebiet, was letztlich eine Anhebung des Meerwasserspiegels um einige Zentimeter mit verheerenden Konsequenzen zur Folge haben wird). Und ist da nicht noch ein Expansionismus des radikalen Islams (fast weltweit) feststellbar? Kurzum: Die WW stellt die These in den Raum, dass sich die Lage, selbst für die «Benachteiligten» in den letzten Jahrzehnten «dramatisch» (hier wohl ein Freud'scher WW-Verschrieb?) verbessert habe. Es würde

heute weltweit einkommensmässig weniger Arme geben als noch 1980. Wie dem auch sei: Eine viel wichtigere Frage lautet doch: Wollen heutzutage mehr (oder weniger) Menschen von der südlichen Hemisphäre in die im Norden der Erdhalbkugel gelegenen Staaten Europas, in die USA/Kanada oder in den Sonderfall «Australien» emigrieren – oder nicht?

Der Mumpitz in der WW gipfelt darin, wenn zu lesen ist: «In Ostasien und der Pazifikregion lebten 1981 drei Viertel der Bevölkerung unterhalb der Existenzgrenze. 2005 sind es bloss noch 17 Prozent. Die Zahl dürfte seither weiter gesunken sein. Der chinesische Kommunismus mit kapitalistischem Antlitz trug zu dieser positiven Bilanz wesentlich bei – auch wenn das die westlichen Nörgler an Chinas Menschenrechtspolitik ungern hören.»

Als erste Kritik hierzu: Wir sollten davon Abstand nehmen, den Fortschritt und die Lebensqualität der Menschen immer mit Dollars und Euros messen zu wollen! Die meisten chinesischen Einwohner/Bauern hatten 1950 «Einkommen», die kaum mit westlichen Verhältnissen zu vergleichen sind. Viele Chinesen nagten am Hungertuch! Millionen überlebten jedoch die Misere (siehe die Bevölkerungsentwicklung!) und blieben dabei auch noch sich und ihrem angestammten Kulturerbe treu (ohne dem westlich dekadenten Konsumismus zu verfallen!). Und heute?

## Die WW ist auf einem Auge blind!

Die WW-Redaktoren schreiben bezüglich China nichts zu Tibet (vor nicht allzu langer Zeit lobte noch der damalige geschäftstüchtige FDP-Nationalrat und Baumaschinen-Industrielle Johann Schneider Ammann in Peking die «positiven Aktivitäten» der Chinesen in Tibet!). Es gibt in China übrigens noch andere grosse Regionen, wo die dortigen Einheimischen froh wären, nicht «Chinesen» sein zu müssen. Ist der WW bekannt, dass sich China, resp. chinesische Unternehmen, in den letzten Jahren richtiggehend in Afrika festsetzten, d.h. dort in grossem Ausmass Landwirtschaftsland aufkauften oder pachteten. Warum wohl? Die Chinesen engagieren sich in Afrika ebenso emsig beim Abbau von Rohstoffen, sei dies untertags oder im Tagebau. Bezüglich Durchsetzungskraft und Vehemenz waren die früheren Kolonialherren aus London, Paris und Lissabon fast Waisenknaben – dies im Vergleich



Millionen von Menschen in der Dritten Welt werden versuchen «friedlich» nach Europa vorzudringen. Und es gibt bei uns Leute, welche diese Landnehmer noch willkommen heissen!

mit den heutigen Herren.

Die WW lässt weiter verlauten: **O-Ton:** «Zudem wird die Welt – entgegen dem Eindruck in den Medien – immer friedfertiger, was die zwischenstaatlichen Konflikte und Verbrechen an der Zivilbevölkerung betrifft.» Die WW nennt hierbei die «marginalisierten» Terrorgruppen, wie die IRA in Nordirland und die baskische ETA. Hallo, aufwachen! Waren denn diese beiden genannten Organisationen je eine Gefahr für den Weltfrieden? Da könnten wohl Teile des Islams und die mit diesen verbundene Al Kaida heutzutage mehr Unheil anrichten! Anzufügen ist hier aber auch, dass eine Al Kaida nur dort erfolgreich sein kann, wenn sich Menschen vom westlichen Konsumismus und der ohne-Grenzen-Freiheit abgestossen «fühlen». Die «Westler» müssen sich endlich mit gewissen Wahrheiten auseinandersetzen!

## Die WW produziert Märchengeschichten

Die WW zitiert gar den unbekanntesten (aber offensichtlich wichtigenden) Kabarettisten Dieter Nuhr, der gesagt haben soll: «Die Globalisierung sei mit dem grössten Friedensprojekt der Menschheit gleichzusetzen.» Die WW setzt hier noch eins drauf und resumiert keck: «Die Globalisierung ist nicht nur das grösste Friedensprojekt, sondern auch das grösste Wohlstandsprojekt der Menschheitsgeschichte.»

Sodann lassen die WW-Redaktoren im Sinne der Oberflächlichkeit ihre Gedanken spielen und bringen den niederländischen Umweltforscher Laurens Bouwer in der Zeitschrift *American Meteorological Society* ins Spiel. «So wird die Schadensbilanz zur Wohlstandsbilanz» – lautet das Fazit. Man kann sich auch fragen: Was war zuerst? «Das Ei oder das Huhn?» «Neben Technologie und Geld tragen zwei weitere Faktoren wesentlich zur Entwicklung eines Staates

bei: Information und Umdenken», so die WW.

## Zahlen beweisen eben nicht alles

**O-Ton WW:** «Besonders die weibliche Bevölkerung holt auf. Im islamisch geprägten Nordafrika vermochten 1990 bloss 34,6 Prozent der Frauen einen Text zu entziffern. 2008 sind es bereits 58,1 Prozent. Damit stehen auch hier die Weichen auf Wandel zum Besseren.» Bescheidene Frage hierzu: Kommen diese Zahlen von dortigen staatlichen Stellen, die gut Wetter machen wollen? Ja gewiss, Muammar al-Gaddafi und Co. haben unser vollstes Vertrauen! Haben die vollsten WW-Redaktoren schon einmal etwas gehört (im islamisch geprägten Nordafrika) von Totalitarismus, Frauenunterdrückung, Beschneidung, gar Sklaverei u.ä.m.? In einem hat die WW Recht; sieht aber dabei nur die Vorteile und nicht die Nachteile. «Die kulturelle Globalisierungsmaschine Nummer eins ist jedoch rechteckig und bunt: das **Fernsehgerät.**»

Dass ein solcher Apparat nicht nur hübsche Bilder und liebliche Töne liefert, sollte wohl allen klar sein. Mit dem Fernsehen, dem billigen und zugleich effizienten Agitationsmittel werden heute ganze Völker manipuliert. Ein gewisser Adolf H. realisierte dies ähnlich in den 30er Jahren und es gelang ihm mit dem «Volksempfänger» (Radio) die Massen in seinen Bann zu ziehen. Sein Propagandaminister Josef G. erledigte übrigens das Personelle im Kulturbereich in radikalster Art! Dies sei hier bloss eine Nebenbemerkung!

Gerade in der Dritten Welt (auch in Nordkorea!) wird die Bevölkerung durch TV-Säusel-Programme ruhiggestellt. Und zum ändern wird den Menschen in der «ärmlichen» südlichen Hemisphäre mittels TV vorgegaukelt, dass in den nördlichen Ländern Milch und Honig nur so fließen. Dann starten viele junge Männer (ihre Frauen bleiben in Obhut/unter Aufsicht ihrer Väter und Mütter) zur langen Reise Richtung... und dies nennt sich dann **Globalisierung, wie es die WW versteht!**

Markus Borner

**Anmerkung:** Der Planet Erde kann gar nicht 7 Milliarden und noch mehr Menschen erhalten (mit Arbeit, Unterhalt, kurz – guter Lebensqualität, wenn eine Jede und ein Jeder dem Lebensstandard eines gutgestellten US-Bürgers nacheifern möchte. Der Neo-Liberalismus kommt da schnell an seine Grenzen!

## SD-Marktplatz

**Suchen Sie etwas?** (ein Handdörge-  
li oder eine/n Freund/in). **Möchten  
Sie etwas verkaufen, vermieten,  
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie  
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-  
ben Sie uns per Briefpost/Post-  
karte; noch besser per E-Mail. Der  
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese  
**Kleininserate** erscheinen max. 2-  
mal im «Schweizer Demokrat»  
und sind für die SD-Familie **gratis**.  
Normalerweise wird im Kleininse-  
rat für die Kontaktaufnahme die  
**Telefonnummer** des/der Auftrag-  
gebers/in abgedruckt. Aber andere  
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).  
Bei ganz persönlichen Dingen ist  
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In  
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-  
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-  
gen. Wir leiten dann die eingegan-  
genen Briefe an Sie weiter. Bitte  
Ihre Postanschrift nicht vergessen.  
Volle Diskretion zugesichert!

**Kontaktadresse:** SD-Marktplatz,  
Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15  
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-  
lich auf  
[www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)

### Wer sucht, der findet!

#### DIENSTLEISTUNGEN

**Steuererklärung 2010.** Kompeten-  
ter Fachmann füllt Ihre Steuerer-  
klärung bei Ihnen zu Hause (Bern  
und Umgebung) aus und gibt Ihnen  
entscheidende Steuertipps.

Ab Fr. 60.–

Telefon 031 941 06 73

E-Mail: j.p.schwab@bluewin.ch

#### ZU VERMIETEN:

**Seriöse und preiswerte Mietwagen  
Kleinwagen, Limousine, Kombi,  
Van, Roller, Motorräder,** ab Fr.  
600.– mtl. inkl. 2000 km; Motos ab  
Fr. 200.–. Die Fahrzeuge können  
auch pro Tag oder Wochen gemie-  
tet werden; für die ganze Schweiz.  
Region Biel.

Telefon 076 369 28 28

**5-Zimmer-Wohnung in Vitznau**  
mit Garten, im Parterre, nur an  
Deutschsprechende. Miete Fr. 650.–  
plus NK.

Telefon 041 397 01 88

#### ZU MIETEN GESUCHT:

Gesucht in **Uster** von ruhiger  
Schweizerin in neuerem Haus:

**1- bis 2½-Zimmer-Wohnung im**

**EG.** Keine Treppen und Tritte beim  
Zugang.

Telefon 078 772 68 11

**Schweizerin sucht 2- bis 3-Zim-  
mer-Wohnung in Zürich und Um-  
gebung.** Auch ein Hausteil kommt  
in Frage. Vermieter melden sich  
bitte telefonisch oder per E-Mail  
bei oben stehender SD-Marktplatz-  
Adresse. Besten Dank!

**Hallo Herr L., Rufen Sie bitte noch-  
mals bei der Kontaktadresse des  
SD-Marktplatzes an. Leider ist Ihre  
Telefonnummer in vorstehender An-  
gelegenheit verloren gegangen!**

#### ZU VERKAUFEN:

**Quarzuhrn,** Omega mit Datuman-  
zeige (mit Originallederarmband),  
70er-Jahre. Fr. 200.–. Zudem Rado-  
Imitation, Fr. 30.–.

**Neue Fitness- und Muskel-Stimula-  
tionsgürtel** mit 6 Programmen.  
Neupreis Fr. 98.– (mehrere verfü-  
bar). Verkauf jetzt für Fr. 30.–. Bei  
Abnahme von zwei Stück Fr. 50.–.  
Region Biel.

Telefon 032 331 91 35

**Diverse Saab 9-5,** Klima, Leder,  
Automat, top Zustand, ab MFK, Ga-  
rantie, ab Fr. 7850.–, Tausch, Teil-  
zahlung ohne Anzahlung möglich,  
weitere Fahrzeuge. Stadt Bern.

Telefon 079 304 74 51

**4½-Zimmer-Hausteil jetzt zu ver-  
kaufen** im Bezirk Affoltern (ZH). Zu  
diesem gemütlichen Haus gehören  
ein grosser Schopf mit Garage und  
Waschraum mit V-Zug-Maschinen.  
Im kleinen Schopf sind Werkzeuge  
für den grossen Garten mit etlichen  
Obstbäumchen und Beerensträu-  
chern. **Ideal für SD-Eltern mit 2 bis  
3 Kindern.**

Auskunft, wo das Haus genau steht,  
erhalten Sie über die oben stehende  
SD-Marktplatz-Adresse; dies auch  
telefonisch oder per E-Mail möglich.

#### GESUCHT:

Kaufe von privat **altes Spielzeug** vor  
1970: Eisenbahnen, Blechautos,  
Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten,  
Dinky Toys, Teddybären usw. Auch  
alte Ansichtskarten vor 1950, alte  
Pfadabzeichen, Aufnäher usw., Re-  
gion Zürich. **Telefon 079 643 55 64**

**Computerhilfe:** Wer hat Zeit sowie  
Freude und ist versiert mit dem PC  
(Wordanwendungen, Fotobearbei-  
tungen, Powerpoint, Installationen  
usw.). Stadt Zürich.

Telefon 044 350 72 20

**Musiklehrer/Hobbymusiker:**

Wer könnte mir einige Stunden er-  
teilen? Ich möchte von Diatonischer  
Orgel auf Chromatisch umsteigen.  
Region Küssnacht, Vitznau, Gersau,  
Weggis.

Telefon 078 924 35 90

#### BEKANNTSCHAFTEN:

**Schweizer Mann,** Jg. 50, sucht  
Freundin, die küssen kann. Viel-  
leicht gibt es auch mehr daraus...  
**Ein nettes Brieflein mit Foto würde  
mich sehr freuen.** Dies bitte senden  
an: SD-Marktplatz, Chiffre 165,  
Postfach 1531, 4001 Basel

#### PERSÖNLICHES:

**Hallo, ...ich bin Madlen Küng aus  
Basel.** Ich war früher sehr aktiv in  
der Partei! Jetzt geht eben vieles  
nicht mehr, leider! Aus gesundheitli-  
chen Gründen bin ich ins Alters-  
heim umgezogen.

Als Info für jene, die mich suchen  
oder kontaktieren möchten: Ich ha-  
be eine neue Adresse und auch eine  
neue Telefonnummer!

Altersheim Gundeldingen, Bruder-  
holzstrasse 104, 4053 Basel

Telefon 061 367 85 84

Eine jede Kontaktaufnahme freut  
mich!

#### EIN GUTER RAT:

**Schlüsselbund schon mal verloren?**  
Befestigen Sie an Ihrem Schlüssel-  
bund eine billige Plastiketikette und  
vermerken Sie darauf ihre **Handy-  
Nummer** (niemals Ihre Festnetz-  
Nr.!) und erwähnen Sie: Finderlohn  
von Fr. ? zugesichert!

### Elektronische JSD-Zeitung

<http://www.volkundheimat.ch>

### Eidg. Volksinitiative

Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen  
[www.marche-blanche.ch](http://www.marche-blanche.ch), Tel. 022 360 02 43

### Eidg. Volksinitiative

«Schutz vor Rasern»  
Tel. 044 737 48 29

## Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **Bezirk Baden und Umgebung:**  
Stamm im Hotel «Winkel-  
ried», Landstr. 36, Wettingen.  
Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00  
Uhr.

**Fricktal:** Stamm im Rest. «Weisses  
Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donner-  
stag im Monat ab 19.30 Uhr.

 **SD Stadt Bern:** Höck im Rest.  
«Bahnhof Süd» in Bümpliz-  
Süd (Restaurant ist unmittel-  
bar beim Bahnhof). Jeden letzten  
Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

**Berner Oberland:** Höck im Hotel  
«Milan» in Ringgenberg. Jeden 1.  
Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.

 **Lucern-Innerschweiz:**  
Stamm im Rest. «Listrig» in  
Emmenbrücke. Jeden 2. Mon-  
tag im Monat ab 20.00 Uhr.

 **Kantonalsektion St. Gallen:**  
In einem Saal des Restaurant  
Dufour am östlichen Ende des  
St. Galler Hauptbahnhofs fin-  
det jeweils ab 19.30 Uhr statt: Fon-

due-Plausch am 25. Februar 2011, ab  
19.30 Uhr in einem Saal des Restau-  
rant Dufour am östlichen Ende des  
St. Galler Hauptbahnhofs. Nähere  
Infos unter 079 639 06 07.

 **Winterthur und Umgebung:**  
Höck im Restaurant «Blume»,  
Wülfingerstrasse 236. Jeden  
1. Freitag im Monat ab 20 Uhr (bei  
einem Feiertag eine Woche später).

**jsd-nordwestschweiz.ch:** Immer am  
1. Montag des Monats Stamm ab 20

Uhr. Jetzt **neu in der «Sportbar»** an  
der Rheinstr. 4 in Liestal. Wir sind  
alles Junge!

**jsd-ostschweiz.ch:** Stammtisch, fast  
jeden Donnerstag (siehe [www.jsd-ostschweiz.ch](http://www.jsd-ostschweiz.ch)  
oder 079 836 90 87)  
im Restaurant «Löwen» in Tobel  
(TG), ab 20 Uhr. Wir sind alles Junge!

Weitere Anlässe bitte melden an:  
[info@sd-marktplatz.ch](mailto:info@sd-marktplatz.ch)



## Kanton Baselland



### Landrat Josua Studer zur SD



Der Allschwiler Landrat und Einwohnerrat Josua M. Studer hat nach seinem Austritt aus der SVP als parteiloser Volksvertreter im Landrat gewirkt. Er hat sich nun entschieden, per sofort den Schweizer Demokraten beizutreten. Die SD bieten Josua Studer und dessen Frau Susanne Studer, die Einwohnerrätin in Allschwil ist, eine neue politische Heimat. Die politischen Überzeugungen von Josua und Susanne Studer passen sehr gut zu denjenigen der Schweizer Demokraten. Zusammen mit SD-Landrat John Stämpfli wird Josua M. Studer in Zukunft die SD im Landrat vertre-

ten. Und selbstverständlich wird Josua Studer auch im Landratswahlkampf bei den Schweizer Demokraten als Spitzenkandidat mit dabei sein. Die SD werden in den Wahlregionen 2 und 3 mit vollen Listen antreten. Da die SD in Allschwil nicht antreten, wird Josua Studer im grossen und aussichtsreichen Wahlkreis Muttenz kandidieren. Er wird im bevorstehenden SD-Landratswahlkampf, der durch die sehr aktiven Jungen SD zusätzlich aufgemischt wird, eine erfrischende Unterstützung sein und den SD weiteren politischen Schub geben!

*Rudolf Keller, e. Nationalrat,  
Präsident SD Baselland*

### Mehr Geld fürs Theater liegt nicht drin!

Zur gleichen Zeit, wo Basel-Stadt seine Steuern senkt, wird vom Baselbiet erwartet, dass es das Basler Theater-Finanz-Loch stopfen hilft. Von Sparprogramm hat das Theater Basel noch kaum etwas gehört. Während wir Normalverdiener ständig höhere Krankenkassenprämien bezahlen und den Gürtel enger schnallen müssen, verlangen CVP, SP, Teile der FDP, Grüne, EVP, BDP, Grünliberale und andere, dass 17 Millionen Franken zusätzliche Steuergelder ans Theater Basel bezahlt werden sollen. Auf Druck der Schweizer Demokraten (SD) wurde seinerzeit das Kulturprozent beschlossen. Das Volk stimmte der Festlegung zu, dass wir regelmässig ungefähr gleich viel Geld an die Kulturförderung in Basel-Stadt überweisen. In den letzten Jahren sind diese Beiträge auch sehr stark gestiegen, weil es dem Baselbiet finanziell besser ging. Und nun hebt man diesen Volkswillen einfach so aus. Man will dem Stadttheater noch mehr Geld zuschanzen als es gemäss diesem Kultur-Vertrag zugute hat, obwohl heute im Baselbiet das Geld an allen Ecken und Enden fehlt. Die SD finden das gelinde

gesagt den Steuerzahlenden gegenüber eine absolute Frechheit. Deshalb empfehlen sie die NEIN-Parole zu dieser Vorlage. Andere Kulturanbieter bekommen auch nicht einfach mehr Geld!

#### Nein zur Waffen-Initiative

Die SD lehnen auch die Waffen-Initiative aus armeefeindlichen Kreisen ab. Wer will, kann seine Armee-Waffe bereits heute im Zeughaus deponieren. Und es ist ungerecht, wenn man den Sportschützen und den Schützenvereinen bei der Ausübung ihres Sportes Steine in den Weg legt. Wenn eine Person in böser Absicht zu einer Waffe kommen will, dann kann sie sich diese ohne Weiteres auch auf illegalem Wege beschaffen. Es wird wohl niemand glauben, dass mit dieser Initiative weniger Morde oder Suizide geschehen. Und wenn in unseren Städten herumgeballert wird, dann sind es, die Statistiken belegen es, allermeist Ausländer ohne Waffenschein! Der Umgang mit Waffen wird in der Armee sehr umsichtig gehandhabt. So lange wir eine Armee haben, müssen die Wehrdienstleistenden auch eine Waffe besitzen!

*SD Baselland*

### Landratswahlen Baselland

Am 27. März 2011 finden im Baselbiet wieder Landratswahlen statt. Wir haben beschlossen, unsere Kräfte auf 2 ganze Wahlregionen mit insgesamt 6 Wahlkreisen zu konzentrieren. Und was sehr erfreulich ist: Wir arbeiten eng mit den Jungen Schweizer Demokraten (JSD) zusammen. **Das bedeutet, dass wir in den Wahlkreisen Liestal, Pratteln, Muttenz, Münchenstein, Reinach und Laufen teilweise kumulierte, aber volle Listen anbieten.** Unser Ziel ist es, mehr Stimmen und Mandate zu holen als vor 4 Jahren. Das ist mit viel Einsatz und Zuversicht möglich. **Die beiden bisherigen Landräte John Stämpfli (Münchenstein) und Josua Studer (Allschwil) kandidieren wieder.** Fast 1/3 der Kandidierenden sind Junge unter 25 Jahren und 61% aller Kandidierenden sind neue Leute. Die Listen sind insgesamt sehr stark verjüngt.

Der Listenname lautet:

#### «Schweizer Demokraten und Junge SD – für eusi Heimet» (Liste 9)

Unser Budget für die 6 Wahlkreise ist auf 60 000 Franken angesetzt. Das sind also 10 000 Franken pro Wahlkreis. Damit lässt sich eine gute politische Werbung machen. Noch haben wir aber nicht alles Geld beisammen. **Und wir erhoffen uns weitere Unterstützung auf unser Post-Konto 40-31577-3 Schweizer Demokraten SD, Liestal.** Helfen Sie mit, dass unsere jungen und dynamischen Leute dank Ihrer Spende noch mehr Zulauf erhalten. Danke!

**Machen Sie schon jetzt Werbung für diese Wahllisten. In unserer nächsten Zeitung stellen wir die Wahl-Listen im Detail vor.**

Nachstehend publizieren wir einen Teil unseres Flugblattes mit den politischen Kernaussagen von SD und JSD:

#### Den Mittelstand, die Rentner, Familien und Kleinverdiener steuerlich entlasten

Die Baselbieter Regierungsparteien tun zu wenig für uns!

#### Mehr Krankenkassenprämienverbilligungen, Sicherung der AHV und Erhaltung unserer heutigen Pensionskassenrenten

SVP, BDP, FDP und CVP wollten unsere Pensionskassenrenten kürzen!

#### Natürlich Vorrang für Einheimische

In andern Ländern völlig selbstverständlich, bei uns leider nicht mehr!

#### Das Ausländerstimmrecht ablehnen

Wer mitreden will, kann sich einbürgern lassen!

#### Die fortschreitende Islamisierung stoppen

Muslimfriedhöfe und Minarette gehören nicht zu uns!

#### Einbürgerung von schlecht eingegliederten Ausländern verhindern

Der Grossteil der SVP, die FDP, die CVP, die SP und die Grünen stimmen im Landrat immer für Masseneinbürgerungen!

#### Wieder bessere Schulen, also Einwanderung begrenzen

Das Multikulti-Durcheinander schadet unseren einheimischen Kindern!

#### Ruhe, Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit

Wer fremdes Eigentum zerstört haftet dafür und muss in Frondienst dafür aufkommen!

#### Härtere Bestrafung von Gewalt- und Sexualstraftätern

Straftäter sollen nicht noch mit milden Urteilen belohnt werden!



# Liste 9

**Schweizer Demokraten und Junge SD – für eusi Heimet**

Sie helfen uns am meisten, wenn Sie die Liste 9 unverändert wählen!

Schweizer Demokraten

Für eusi Heimet!

Liste 9

www.sd-bl-wahlen.ch



Kanton Zürich



## Volkssouveränität hochhalten!

Jedesmal, wenn das Volk eine Initiative annimmt, welche der regierenden «Elite» nicht passt, heisst es sofort, der Volksentscheid sei «nicht umsetzbar», weil er der Verfassung oder dem Völkerrecht (z.B. den Verträgen mit der EU oder der Europäischen Menschenrechtskonvention) widerspreche. Wer so argumentiert, respektiert das Grundprinzip der Demokratie nicht.

### Alles Recht kommt vom Volk

Die Verfassung ist der höchste Ausdruck des souveränen Volkswillens. Das Volk kann sie auch jederzeit und in jeder Hinsicht ändern. Eine Verfassungsänderung, wie z.B. der Beschluss, dass kriminelle Ausländer das Land verlassen müssen, kann darum gar nicht «verfassungswidrig» sein, sondern setzt allenfalls ältere, gegenteilige Verfassungsbestimmungen ausser Kraft. Die Regierung und das Parlament haben die Pflicht, Volksentscheide so umzusetzen, wie sie ausgefallen sind, ohne Wenn und Aber. Sie dürfen diese nicht zurechtbiegen, damit sie mit Verträgen zusammenpassen, die früher einmal mit dem Ausland geschlossen wurden. Nein, in einem solchen Fall muss die Regierung Staatsverträge

kündigen, die nicht mehr mit unserer vom Volk beschlossenen Verfassung vereinbar sind. Es gibt keinen Grund, davor Angst zu haben. Natürlich werden ausländische Politiker, die uns ihren Willen aufzwingen wollen, tröteln und drohen, aber das geht schnell vorbei, wenn sie merken, dass wir uns nicht einschüchtern lassen.

### Nein zur Juristen-Diktatur!

Niemand stellt in Frage, dass es Menschenrechte, wie z.B. das «Recht auf Leben» gibt, die jedem Menschen zustehen. Es darf aber auch in diesem Bereich nicht sein, dass eine selbsternannte Elite, voran ein paar Rechtsprofessoren, dem Volk vorschreibt, welches Recht es festsetzen darf. Auch der Inhalt der Menschenrechte ist nicht unabänderlich und auf alle Zeit in Granit gemeisselt. Das Volk als oberster Verfassungsgeber darf frei darüber diskutieren und entscheiden, ob z.B. die Religionsfreiheit auch für Religionen gelten soll, die in ihren Herkunftsländern alle anderen Glaubensbekenntnisse unterdrücken. Oder auch darüber, ob «Ehefreiheit» bedeuten soll, dass «Paare» heiraten dürfen, die sich schon sprachlich gar nicht

verständigen und deshalb gar keine richtige Ehe, d.h. umfassende Lebensgemeinschaft führen können. Dies sind «Paare», die dies auch nicht wollen, sondern nur die Absicht haben, dem jeweiligen «Partner» eine Aufenthaltsbewilligung zu verschaffen.

### Keine Einschränkungen des Initiativrechts

Schon beratschlagene Politiker, wie man das Initiativrecht des Volkes so einschränken könnte, dass wir Stimmberechtigten gar nicht mehr über Initiativen abstimmen dürfen, mit denen gewisse Verfassungsbestimmungen geändert werden oder die Kündigung von Verträgen mit dem Ausland verlangt wird. Das wäre der Anfang einer Diktatur der selbst ernannten «Elite» und von ausländischen Funktionären, bei denen niemand wirklich weiss, welche fremden Mächte letztlich dahinterstehen. So etwas ist eines freien Volkes unwürdig. Wir Schweizer Demokraten wehren uns gegen eine solche Fremdherrschaft. Wir wollen die Volkssouveränität in jeder Hinsicht hochhalten. **Helfen Sie mit – werden auch Sie Schweizer Demokrat/-in!** *SD der Stadt Zürich*

## Dr. Theo Locher zum Gedenken



Am 9. Dezember 2010 fand in Biel die Abdankungsfeier vor einem zahlenmässig bescheidenen Kreis treuer Anhänger des Heimgegangenen statt. Der im Alter von 89 Jahren verstorbene Dr. Theo Locher wurde von a. Nationalrat V.J. Oehen gewürdigt.

Der 1921 geborene Theo Locher studierte Mathematik, Geographie, Geschichte und Geologie und wandte sich dem Lehrberuf zu. Sowohl als Lehrer an der Handelsschule und dem Wirtschaftsgymnasium in Biel, wie auch in seinen nebenberuflichen Tätigkeiten war er stets bestrebt, den Menschen die Zusammenhänge aufzuzeigen, den Blick hinter die Kulissen zu ermöglichen.

Das zeigte sich vorbildlich in seiner über zwei Jahrzehnte dauernden intensiven Arbeit als Parapsychologe, während welcher er die «Schweizer Vereinigung für Parapsychologie» (SVPP) gründete und

bis 1986 präsiidierte und seine ungezählten, einschlägigen Publikationen.

Sein ganzheitliches Denken zwang ihn auch zum politischen Engagement. Vorausschauend, dass die Wachstumsideologie mit deren selbst schädigenden Einwanderungspolitik unser Land in schwerwiegende Schwierigkeiten führen



würde, schloss er sich Anfang der 70er-Jahre der Nationalen Aktion an. Er führte mehrere Jahre die Sektion Biel der NA. Sein fundiertes Wissen in Geschichte, Geographie und Mathematik liess für ihn keinen Zweifel offen, dass die Ziele

der Nationalen Aktion unterstützungswürdig und richtig waren (und immer noch sind!).

Nach seiner Pensionierung 1986 übernahm Dr. Theo Locher eine weitere verdienstvolle Aufgabe. Zutiefst betroffen über das Unrecht und das Leid, das dem afghanischen Volk zugefügt wurde und wird, gründete er das «Schweizer Hilfswerk für afghanische Flüchtlinge». **Dieser Aufgabe diente er buchstäblich bis zu seinem Tode.**

Ende November erlitt er einen Schwächeanfall, wurde hospitalisiert, wollte jedoch unbedingt in seine Wohnung zurückkehren. Man suchte ihm diesen Wunsch zu erfüllen und brachte ihn mit einem Taxi nach Hause. Vor seinem Domizil erlitt er einen weiteren Schwächeanfall und verstarb.

**Uns bleibt, Herrn Dr. Theo Locher ein ehrendes Andenken zu bewahren. Er war ein Mann mit Ecken und Kanten, aber erfüllt vom Willen, den Mitmenschen zu dienen. R.I.P.**

*V.J. Oehen, a. Nationalrat*

## Basler Zeitung und Tettamanti

Nach dem erzwungenen Ausstieg als Financier der «Basler Zeitung» äusserte sich Tito Tettamanti dahin, dass in Basel ein Klima von Intoleranz herrsche. Dabei müsste eine mit hundert Millionen Franken hoch verschuldete Zeitung möglichst viele Leser ansprechen, um die Auflage halten zu können. Die gleiche Intoleranz verspüre ich auch an meinem Wohnort. Bei Abstimmungen werden reihum alle Plakate abgerissen, mit Ausnahme derjenigen der Sozialisten. Die Genossen nehmen so Cédric Wermuth, einen politisierenden Studenten zum Vorbild. Der wegen Vandalismus und als Hausbesetzer verurteilte JUSO ist übrigens Vizepräsident der SP Schweiz!

*Robert Berner, Rheinfelden*

## SD: Nein zur Swissmill-Stadtverschandelung

Der Vorstand der Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich hat für den städtischen Urmengang vom 13. Februar 2011 einstimmig die folgende Empfehlung beschlossen:

### Privater Gestaltungsplan Kornhaus Swissmill

**Nein**

Die Aufstockung des Swissmill-Silos auf 120 Meter führt zu einer weiteren Verschandelung des Stadtbilds und beeinträchtigt insbesondere das angrenzende Wohnquartier Wipkingen. Dies ist ein weiterer Schritt zu einer «Plantage» von Hochhäusern von 100 und mehr Metern Höhe, welche in absehbarer Zeit zur Folge hätte, dass man z.B. vom Friesenberg in Wiedikon aus den Käferberg oder von der Buchleren in Altstetten aus den Zürichberg nicht mehr sieht. Für die Schweizer Demokraten sind Heimatgefühl, Wohn- und Lebensqualität wichtiger als kurzfristiger Profit. Sie sagen deshalb **NEIN** zum Swissmill-Silo. **Weitere Abstimmungsempfehlungen der SD Zürich-Stadt:**

### Kantonaler Beitrag an den Erweiterungsbau des Landesmuseums

**Nein**

Der Platzspitz ist eine der letzten grösseren Grünflächen in der Innenstadt und soll nicht durch einen hässlichen Betonklotz verunstaltet werden.

### Volkswaffeninitiative

**Nein**

Zur Freiheit der Schweizer Bürgerinnen und Bürger gehört ihr jahrhundertlanges, unverbrüchliches Recht auf den Besitz von Feuerwaffen. Dieses werden wir Schweizer Demokraten niemals aufgeben.

# Gedanken zum Jahreswechsel 2010/2011!



Valentin J.  
Oehen,  
e. Nationalrat,  
Köniz

**Der wachsende Druck aus Brüssel veranlasste Regula Kaufmann vom JES/SPECTRUM zum Kommentar: «Immer wieder war unser von Grossmächten umgebener Kleinstaat in den letzten Jahrhunderten unter Druck. Er musste Kompromisse machen, teilweise blieb er auch stark. Einfach war es nicht. Aber nie wäre man deswegen auf die Idee gekommen, sich einer dieser Grossmächte anzuschliessen und damit den Druck wegzunehmen.»**

Genau dies wollen nun jedoch eine kleine Gruppe Intellektueller, Politiker, Journalisten. Als Euroturbos meinen sie, dass uns ohne sofortiger EU-Beitritt praktisch der Weltuntergang bevorstehe.

**Und das gedacht:** Wer angesichts des Zustandes der EU auf kultureller, finanzieller, politischer und wirtschaftlicher Ebene für einen Beitritt votiert, muss sich den Vorwurf des Defätismus, ja der Tendenz zum Landesverrat gefallen lassen. Eine solche Haltung ist im Übrigen mehr als erstaunlich, ist es doch unübersehbar, dass verschiedene Staaten mit dem Austritt aus diesem Monster-Staat liebäugeln.

**Wahlbetrug** – gibt es offenbar auch in den alten Demokratien!

Immer wieder wird bei Wahlen in den Schwellen- und Entwicklungsländern – trotz internationaler Wahlbeobachter – massiv betrogen. Aufsehenerregend ist die Meldung aus Grossbritannien, dass bei den letzten Parlamentswahlen massive Wahlfälschungen passierten. Die Zeitung Telegraph nennt eines von vielen Beispielen:

«Bei den Europawahlen von weniger als einem Jahr enthielt die Wahlliste in London Borough of Tower Hamlets 148 970 Namen. Im Januar dieses Jahres war sie auf 160 278 hochgeschwollen. Und allein im letzten Monat kamen mysteriöserweise weitere 5000 Namen auf den Wählerlisten dazu. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder wächst Tower Hamlets zweimal so schnell wie die am schnellsten wachsende Stadt Chinas oder es handelt sich um massiven und systematischen Wahlbetrug.»

*Man kann sich die Antwort denken, wenn erwiesenermassen drei-Zimmer-Wohnungen im Viertel dort mit angeblich zwölf Erwachsenen belegt sein sollen, während die echten Hausbewohner, wenn man sie befragt, noch nie etwas von ihren zehn neuen Mitbewohnern gehört haben!*

**Demnach hat die bis zu den Wahlen allein regierende Labour-Party vor allem an nahöstliche Migranten in grossem Umfange Staatsbürgerschaften und das damit verbundene Wahlrecht abgegeben, obwohl die Personen nur auf dem Papier existierten. Die Familienoberhäupter durften dann als «Entlöhnung» für den gezielten Wahlbetrug, bei dem gar nicht existierende Pakistaner per Briefwahl Labour wählten, für alle von ihnen «vertretenen» Wähler Sozialleistungen beziehen.»**

**Und das gedacht:** Liegt hier der Schlüssel zum Verständnis für die immer wiederkehrenden Anstrengungen der linken Gutmenschen, das Ausländer-Stimmrecht in der Schweiz einzuführen. Oder für die wütenden Ausschreitungen des jugendlichen Mobs nach der Annahme der Ausschaffungs-Initiative. Gerade kriminell veranlagte Einwanderer eignen sich hervorragend als Betrugshelfer! Oder der fehlende Wille «links-regierter Städte» in unserem Lande «Recht und Ordnung» durchzusetzen. Zur Einschüchterung der Bürgerschaft sind vermummte Schlägertypen (siehe «Der schwarze Block») ein seit der Nazizeit bekanntes Mittel zur Durchsetzung nicht mehrheitsfähiger, politischer Forderungen.

• **Die Geheimdienste führen einen ausgedehnten Krieg**, dem immer wieder einzelne, unbotmässige Persönlichkeiten zum Opfer fallen. Jörg Haider ist das letzte bekannteste Beispiel. Aber auch auf «tieferer» Ebene laufen andauernd Aktionen, die unglaublicher Weise propagandistisch als Ausdruck des Volkswillens vermarktet werden. Beispiele sind die Ukraine, der Iran, Georgien, u.a.

• **Der türkische Geheimdienst MIT stahl im Juli 2009 in Berlin 5000 Dokumente** (vor allem vorläufige Reisepässe, Visa und Aufenthaltstitel, Stempel und Dienstiegel). Er brauchte diese Dokumente für nach Europa einzuschleusende «Schläfer». Ein Mitarbeiter des MIT hat dann die nicht benötigten Dokumente für 1,25 Mio Euro in der Türkei verkauft!



Europäische Zentralbank als Krisenzentrale.

• **Der CIA hat eine Finanz- und Medienstrategie entwickelt**, um ganze Staaten in Schwierigkeiten zu bringen. Man denke an alle die «farbigen» Massendemonstrationen, die vor allem im ehemals russischen Einflussbereich zur Anwendung kamen.

• **Im Iran führen CIA und Mossad zusammen einen subversiven Krieg mit gezielten Tötungen wichtiger Persönlichkeiten** (Wissenschaftler), Pannen in Zentrifugen-Anlagen zur Aufbereitung schwach angereichertem Uran, Bränden in Produktionsanlagen usw.

**Und das gedacht:** Die Schrumpfung unserer Armee durch finanzielle Ausblutung, die Untergrabung des nationalen Selbstverständnisses durch die Einwanderungspolitik und das Verächtlichmachen unserer direktdemokratischen Institutionen (Initiative und Referendum) durch Relativierung ihrer souveränen Kraft, der Angriff auf die föderalen Strukturen, sind Alarmsignale und müssten unsere Parlamentarier – soweit sie ihren Treueeid zu unserem Volk noch ernst nehmen – aufs Höchste alarmieren. Offensichtlich sind wir im Focus verschiedener Geheimdienste – wobei vor allem unsere Wirtschaft und der Finanzplatz anvisiert werden. Es ist offensichtlich – jedes Nachgeben führt sofort zu neuen – wenn möglich noch unverschämteren Forderungen. Wenn Deutschland soeben die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen beschlossen hat und in Zukunft ein Freiwilligen-Heer zum Einsatz im Verbund mit Modulen der NATO auf der ganzen Welt schaffen soll,

so wird damit die Fähigkeit zur Verteidigung des eigenen Landes ganz offensichtlich liquidiert. Dies ganz im Sinne der Globalisierer; dabei besteht die akute Gefahr, dass unsere «Armeeabschaffer» das noch immer von den Siegermächten besetzte Deutschland als Vorbild hinstellen werden, um die eigenen Forderungen nach einer «Schweiz ohne Armee» zu unterstreichen.

Auf der Basis des Lissabon-Vertrages wird dafür die **Euro Gendfor** mit vorerst einem Bestand von 3000 Mann geschaffen, die mit Sonderrechten ausgestattet ist, die einer Besatzungsarmee entsprechen und im ganzen Euro-Raum zur Unterdrückung von Volksaufständen eingesetzt werden sollen. Einem «alten Soldaten» blutet das Herz, wenn er beobachten muss, wie eingespielte Strukturen zur Verteidigung unseres Volkes und seines Territoriums leichtfertig geopfert werden und die Wehrfähigkeit im Sinne «Gottfried Kellers» zunehmend schwindet.

**Der IWF nutzt die Eurokrise, um die Schweiz finanziell auszubluten!**

**Es ist unglaublich, aber viele Bundespolitiker sind geneigt, dem IWF – angeblich zur Stützung des Euro – um die 30 Milliarden Euro in den Hintern zu schieben!**

Und der Präsident der Nationalbank behauptet gar, der Euro werde stranden, wenn die Schweiz nicht ihr «Tafelsilber» zu Gunsten der Euro-Währung opfere. Dabei geht es vor allem um die Subventionierung der französischen und deutschen Grossbanken, die den (Ver)Schleuderkurs mehrerer südeuropäischen Länder aus reiner Gewinnsucht (hohe Zinsen!) einfach mitgemacht haben.

Und insbesondere Bundesrätin Widmer-Schlumpf suchte das Parlament regelrecht auszutricksen, um den Freunden in der EU noch vor Ende Jahr dienen zu können. Wo bleibt eigentlich die Konsequenz des Treueschwurs zu unserem Volk – so fragt man sich! Grossmannssucht (bis zur Lächerlichkeit) wird von den europäischen «Partnern» brutal ausgenutzt! Es ist tatsächlich absurd, wenn Philipp Hildebrand, der SNB-Präsident behauptet, die Zukunft der Länder des Kontinents hänge von unserer freiwilligen Verarmung ab.

## Zum Gedenken

## Fritz Röthlisberger, Landwirt und Politiker...

Die älteren, früher oder heute noch aktiven Parteimitglieder erinnern sich gewiss an Fritz Röthlisberger. Der Schreibende lernte ihn in den 80er-Jahren an ZV-Sitzungen und Delegiertenversammlungen der damaligen Nationalen Aktion kennen und schätzen. 1989 kandidierte Fritz ein letztes Mal für den Grossen Rat, in welchen er dann auch wiedergewählt worden ist. Fritz und seine Familie luden nach der gelungenen Wiederwahl zahlreiche Parteifreunde und gar ausserkantonale NA-Leute (darunter auch den Schreibenden) zur Wiederwahl-Feier mit Nachtessen in ein Zofinger Restaurant ein. Ich erinnere mich noch gut an den damaligen geselligen Anlass! Fritz war immerzu eine Frohnatur, gradlinig in seiner Art und niemals nachtragend – auch wenn man eine andere Meinung vertrat. Er wirkte auch ausgleichend auf seine Umgebung! Er konnte es gut mit den Leuten...

In seinem von ihm im Jahr 1995 verfassten Lebenslauf (ja, er war ein vorausdenkender Mensch und wusste, was früher oder später kommen wird). Ein Bauersmann muss planen, voraussehen können... und das konnte er!

Fritz gehörte von 1973 bis 1993, mit einem Unterbruch in den Jahren 1981–1984, dem Aargauischen Grossen Rat an. In seinem Lebenslauf schrieb er absolut richtig und nachvollziehbar: *«16 Jahre im Grossen Rat ist eine lange, aber auch lehrreiche Zeit. Ich lernte dort viele Leute kennen, auch gute Kollegen von andern Parteien. Ich habe mir Mühe gegeben, auch die-*



Fritz Röthlisberger,  
15. Dez. 1918 bis 21. Dez. 2010

*se zu verstehen. Das verlangt ja unsere Demokratie.»*

Dass Fritz in den Grossen Rat gewählt worden ist, überrascht nicht! Er war ein liebenswürdiger, ja umgänglicher Mensch, der nicht nur redete, sondern auch anpackte, wo es nötig war. Als Bauersmann lag ihm die Milchwirtschaft besonders am Herzen. Er war in Vordemwald (AG) 30 Jahre Vorstandsmitglied und 10 Jahre Präsident der Käse-reigenossenschaft Iselishof. Im weiteren amtete er aktiv bei der Viehversicherungskasse, wovon mehrere Jahre als deren Präsident. Zudem arbeitete er noch bei etlichen andern Organisationen mit...

Fritz erlebte in seinem langen Leben alle Schattierungen des menschlichen Daseins. Am 15. Dezember 1918 wurde er auf einem Bergbauernhof in Lauperswil im Emmental geboren. Er wuchs mit zwei älteren Schwestern auf. 1928 verstarb sein Vater nach einer längeren Krankheit. Hernach wurde es schwierig mit dem Bergbauernbetrieb und dieser musste verpachtet werden. Ab 1933 bewirtschafteten seine Mutter, seine Schwester und der junge Fritz den Betrieb

*«Achte eines jeden Mannes Vaterland, das Deinige aber liebe.»*  
Gottfried Keller

wieder selbst. Später besuchte er während drei Wintern die landwirtschaftliche Fortbildungsschule.

1938 absolvierte Fritz die Rekrutenschule in Fribourg. Kaum der Rekrutenschule entlassen, verstarb seine Mutter, die er noch Jahrzehnte danach bedauerte und auch erklärte: *«Sie hatte viel Schweres erleben müssen.»*

Am 21. August 1939 rückte Fritz in den WK ein. Es blieb aber nicht bei einem militärischen Wiederholungskurs, sondern bei 13 Monaten Aktiv-Dienst. Fritz beurteilte seine Aktiv-Dienstzeit später wie folgt: *«Es war eine harte Zeit und doch habe ich vieles gesehen und mitgemacht, was ich sonst nicht erlebt hätte.»*

1941 (Fritz hatte keine Zukunftsängste!) heiratete er seine Berta Steffen, die ihm ganz sicher eine vorbildliche Lebensgefährtin, Mutter der gemeinsamen Kinder und gute Bäuerin war. Beide wurden Eltern von 8 Kindern!

1995 äusserte sich Fritz dahingehend: *«Im Grossen und Ganzen haben wir auch viel Schönes erlebt. Zur Zeit haben wir 22 Grosskinder. Ich habe grosse Freude an ihnen und alle sind gesund. Das ist ein schönes Geschenk für Grosseltern.»*

Offensichtlich hat Fritz auch im Militärdienst die Landschaften mit wachem Auge betrachtet. Er realisierte, dass in einer «Bergheimet» vieles unmöglich ist und... 1950 erwarb die Familie in Vordemwald, nahe Zofingen, einen etwas vernachlässigten grösseren Hof. Jetzt war Fritz in seinem Element: Er konnte werken und auf dem gros-

sen Terrain pflügen, ansähen und auch ernten...

Am 11. August 1958 geschah jedoch ein grosses Unglück. Durch einen Blitzschlag brannte der Hof vollständig nieder. *«Was tun – fragte sich die Familie Röthlisberger?»* Zudem sei der Hof schlecht versichert gewesen. Fritz sagte auch viele Jahre nach dieser Katastrophe: *«Die moralische und finanzielle Unterstützung der Bevölkerung von nah und fern gab uns den Mut, neu aufzubauen.»*

Ab 1982 übergab das Ehepaar Berta und Fritz Röthlisberger den Hof schrittweise der Familie ihres Sohnes Johann. Noch einige Jahre verrichtete Fritz kleinere Arbeiten auf dem Hof, wenn Not am Mann war.

Am 21. Dezember 2010 schlief Fritz wenige Tage nach seinem 92. Geburtstag im Beisein seiner Lieben im Pflegeheim Sennhof in Vordemwald friedlich ein.

Fritz war zeitlebens ein aufrichtiger Eidgenosse der viel mehr als nur Mittelmässiges geschaffen hat – dies auf vielen Ebenen. Alle, die ihn gekannt haben, werden ihn in guter Erinnerung behalten.

Vergessen wir nie eine von Fritz niedergeschriebene Lebensweisheit, denn Fritz konnte offensichtlich auch sich selbst gegenüber kritisch sein. Diese lautet: *«Sicher habe ich in meinen Ämtern auch Fehler gemacht, aber es war nie böse Absicht. Der liebe Gott möge mir vergeben und auch den Menschen, mit denen ich zu tun hatte!»*

Namens der SD-Parteileitung  
Markus Borner,  
SD-Zentralvizepräsident

## Gedanken zum Jahreswechsel

Fortsetzung von Seite 11

Zu Recht schreibt Pierre Heumann in der «Weltwoche» Nr. 50/10 auf Seite 13 – Zitat:

*Die IWF-Kredite sind in Tat und Wahrheit unzulässige Schuldenhilfen. Ebenso beunruhigend wie die bislang unvorstellbaren Dimensionen des internationalen Geldbedarfes und das umstrittene Vorgehen des IWF sind die unwürdigen, ja unglaublichen Manöver hinter den Berner Kulissen, die von Klartextsprechern als «Schmierkomödien» oder als «Riesenschweineerei» bezeichnet werden. Unter den heutigen Umständen streifen die Methoden, mit denen*

*SNB-Direktionspräsident Hildebrand und Finanzministerin Widmer-Schlumpf die Monsterkredite durchpauken wollten, die Grenze des Legalen. Sie sind auf jeden Fall unseriös.*

Und ebenso richtig schreibt Kurt Schiltknecht in derselben Nummer der «Weltwoche», Zitat: *Ohne ein glaubwürdiges Lösungskonzept besteht das Risiko, dass ein Teil der gewährten Kredite abgeschrieben werden muss. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese weniger den überschuldeten Ländern als vielmehr einigen grossen deutschen und französischen Banken zugutekommen, die in unverantwortlicher Weise die Defizitländer mit Milliar-*

*denkrediten finanziert haben.*

**Unter den heutigen Umständen sollte die Schweiz keine Kredite gewähren. Es besteht die Gefahr grosser Verluste.**

*Es ist nicht einzusehen, weshalb die Schweiz mit öffentlichen Geldern mithelfen sollte, ein falsch konzipiertes Währungssystem am Leben zu erhalten. Und: Der Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds war ein grosser Fehler. Mit dem Beitritt zum IWF ist die Schweiz immer mehr zu einem Befehlsempfänger degradiert worden.*

Ich erinnere mich lebhaft, wie mich als jungen Parlamentarier damals mein Bruder aufforderte, alles Menschenmögliche zu unter-

nehmen, um den Beitritt der Schweiz zum IWF zu verhindern. Er sah Entwicklungen voraus, die wir – als zu wenig wahrscheinlich – nicht ernst nahmen.

Im Übrigen ist zu fragen: **Wie soll ein 8-Millionen-Volk die sich entwickelnde Katastrophe eines 590-Millionen-Multi-Kulti-Konglomerates aufhalten können, ohne dabei selbst zugrunde zu gehen?**

**Es ist dringlich, dass sich die Verantwortlichen wieder auf die Maximen echter Neutralität besinnen.**

Die Aufforderungen von Bruder Klaus

– **Mischt Euch nicht in fremde Händel!** und

– **steckt den Zuun nicht zu wyt!** sind von grösster Aktualität!



## Tout sonne faux dans l'initiative sur les armes

**L'initiative qui prétend nous protéger contre la violence des armes est une tromperie. Elle vise plutôt la mise sous tutelle d'individus ayant un comportement correct, ainsi qu'une complication sournoise du fonctionnement de l'armée de milice.**

A un mois de la votation sur l'initiative populaire «Pour la protection face à la violence des armes», la campagne prend des allures assez déplaisantes. Alors que les services de la Confédération publient des statistiques plutôt positives, les partisans de la prohibition des armes recensent avidement les actes de violence commis chaque jour dans le monde et les rassemblent en un tableau effrayant, tout en avançant d'autres chiffres sélectionnés parmi les plus alarmants. Des commentateurs militants feignent ensuite d'adopter un point de vue objectif pour déclarer que cette guerre des statistiques passe à côté du problème – ce qui est vrai – et pour conclure que, si l'initiative permet de sauver «ne serait-ce qu'une seule vie humaine», il faut alors l'accepter.

Ce genre de raisonnement culpabilisant, où l'on invoque la vie humaine pour refuser toute discussion sur la proportionnalité des mesures proposées, ouvre en théorie la porte aux dérives les plus extrêmes. En théorie seulement, car ceux-là mêmes qui recourent à cette tactique pour gagner le public à leur cause sont aussi les premiers à dénoncer, au nom de leur propre liberté, les mesures sécuritaires et répressives qui leur déplaisent! Au-delà des effets de manche hypocrites, chacun sait donc bien qu'il est légitime de s'interroger sur l'ampleur et les conséquences de l'initiative en question.

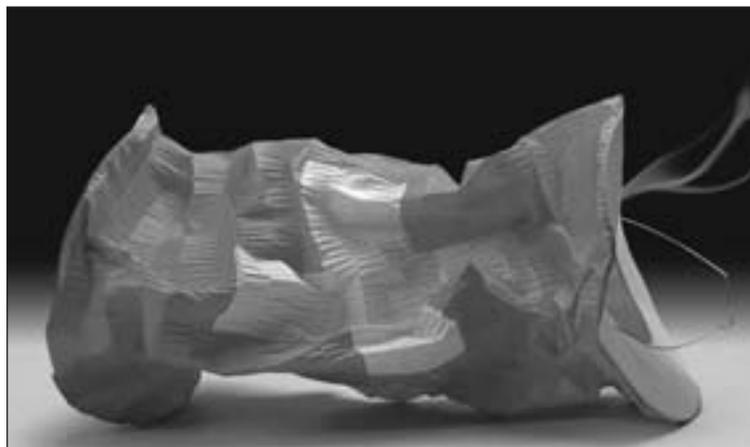
Celle-ci comporte essentiellement deux volets, l'un civil, l'autre militaire. Dans le domaine civil, il s'agirait d'obliger les personnes désirant acquérir ou détenir une arme à leur domicile non plus seulement à se faire enregistrer, mais aussi à justifier d'un «besoin» particulier. Le texte de l'initiative laisse à la future loi d'application le soin de régler les exigences et les détails concernant les tireurs sportifs, les collectionneurs, les chasseurs. On nous fait ainsi croire

que ces personnes pourraient continuer à pratiquer librement leurs activités comme aujourd'hui. Or cela n'aurait aucune logique: si le but est vraiment d'empêcher tout individu de «perdre les pédales» et d'utiliser une arme à mauvais escient, il faut alors réduire drastiquement le nombre des armes, y compris des armes légales détenues par des personnes qui les utilisent légalement.

Pour ne pas être vidée de son sens, l'initiative devrait donc forcément s'attaquer aussi aux tireurs, aux collectionneurs et aux chasseurs – en attendant peut-être d'autres – non pas seulement pour leur imposer des autorisations, mais aussi pour restreindre sévèrement leur droit de posséder une arme pour quelque emploi que ce soit.

Dans le domaine militaire, qui est le plus médiatisé, l'initiative exige que plus aucune arme à feu ne soit laissée aux soldats en dehors des périodes de service, ni ne puisse leur être laissée à la fin de leurs obligations militaires. Outre les aspects psychologiques liés à la confiance que l'armée doit avoir dans ses soldats ou à la notion d'«arme personnelle», c'est ici la logistique de l'armée de milice que visent les milieux antimilitaristes. Les arsenaux devraient reprendre initialement quelque 270 000 armes, puis assurer chaque année le prêt et la reprise d'environ 180 000 armes. Les programmes de tirs obligatoires hors service deviendraient impossibles à maintenir. L'initiative pousserait ainsi à un service militaire en une seule période, et donc indirectement à la professionnalisation de l'armée. Ce serait là sa seule conséquence réelle; peut-être est-ce d'ailleurs son véritable objectif.

En revanche, le but allégué d'empêcher un usage intempestif de l'arme dans la vie civile apparaît comme une tromperie lorsqu'on sait que, déjà aujourd'hui, les soldats n'emportent plus leurs munitions de poche à domicile. Les seules personnes dangereuses actuellement sont celles qui sont capables de trouver des munitions illégales celles donc qui préparent leur acte et sont aussi capables de trouver une arme illégale. L'initiative n'y changera rien.



## Détruire les valeurs suisses?

Initiative inutile des milieux de gauche sur les armes

# NON

On voit que tout sonne faux dans cette initiative. Elle n'apporterait aucun surplus de sécurité et ne servirait qu'à accroître la mise sous tutelle des citoyens et à compli-

quer sournoisement le système de l'armée de milice.

**On n'éprouvera donc aucun remord à voter NON le 13 février.**

## Concerne insécurité et désordre dans le canton

*Messieurs les Conseillers d'Etat,*  
Suite aux échauffourées qui opposent régulièrement des requérants d'asile à Nyon (après Bex, Vallorbe, etc.) aux origines multiples et extra-européennes, nous demandons le changement d'affectation ou la démission de Monsieur Leuba qui a très opportunément refile le dossier sulfureux relatif à ces quérulents au syndic mondialiste de Nyon, Monsieur Rosselat, assuré qu'il serait facilement agréé.  
Il est superflu de rappeler ici les raisons véritables de la venue en

Suisse de ces populations. Nous n'ignorons plus les motifs mercantiles de ces faux requérants (voir la déclaration du directeur du service fédéral de l'asile et des réfugiés à ce sujet et à propos des personnes originaires du Nigeria). Face à cette situation incontrôlable, et incontrôlée, nous proposons un moratoire de dix ans sur l'asile dans notre pays.

Nous vous prions d'agréer, Messieurs les Conseillers d'Etat, nos salutations distinguées.

*Robert Gurtner, prés. AN-DS/VD*

Elections au Conseil municipal de la Ville de Genève

## Denis Menoud, ancien député écologiste, rejoint le MCG

Le MCG continue à renforcer son emprise autant à gauche qu'à droite. Après Soli Pardo, le Mouvement Citoyens Genevois se réjouit d'accueillir sur sa liste pour le Conseil municipal de la Ville de Genève une personnalité bien connue de Genève. Denis Menoud, 58 ans, marié, 3 enfants, a été dans les premiers élus conseillers municipaux écologistes de la Ville de Genève dans les années 1980. Il a également été député au Grand Conseil, toujours pour le parti écologiste. Administrateur de la Banque hypothécaire, il a été le premier à dénoncer les graves problèmes de la Banque cantonale, ce qui lui a valu l'opprobre des bien-pensants, à une époque fort lointaine où les écologistes étaient un parti d'opposition.

Le parcours de Denis Menoud est peu courant. Après avoir obtenu un CFC après son apprentissage de cuisinier, il a également réussi une licence universitaire. Parmi ses nombreuses fonctions, il a assumé le poste d'administrateur du théâtre des marionnettes, puis du Département de la culture de la Ville

de Genève et de la «Revue genevoise». Actuellement, Denis Menoud est directeur des Cours de cafetiers et vice-président de l'Association de défense des chômeurs (ADC).

Constatant l'échec de l'Alternative qui, entre autres, ne défend plus l'Association de défense de chômeurs, Denis Menoud qu'il faut un renouvellement – populaire et citoyen – en Ville de Genève.

Sur la ligne de «Genève d'abord», qui fédère les habitantes et habitants – suisses et étrangers – de notre Ville, venant autant de la gauche que de la droite, Denis Menoud va accroître la représentativité d'une partie importante de population qui est ignorée du milieu politique. Il rejoindra d'autres personnalités, qui ont à cœur de défendre Genève et qui sont issues de tous horizons.

Denis Menoud pourra mettre son expérience de la vie politique et associative au service du MCG mais surtout des Citoyennes et Citoyens.

*Carlos Medeiros, président section ville de Genève du MCG*  
*Eric Stauffer, président du MCG*

La politique paillason de la Suisse a trop duré

## Le Conseil fédéral aux ordres de la Libye!

**Le président du MCG Eric Stauffer a refusé de se plier face aux dictatures. En conséquence, il n'a pas répondu aux questions du Ministère public de la Confédération. En revanche, une pétition est déposée aux Chambres fédérales pour la défense de la liberté d'expression. La Suisse ne doit plus être le laquais des dictatures.**

Comme promis, Eric Stauffer a tenu une ligne claire et ferme, en faveur la défense de la liberté d'expression menacée par les autorités fédérales et genevoises. Le président du MCG a été entendu, en présence de son avocat Me Soli Pardo, par le Ministère public de la Confédération le 13 décembre 2010, dans l'affaire de l'affiche du MCG qui représentait Mouammar Kadhafi, le «guide suprême de la Révolution libyenne».

Le président du MCG confirme n'avoir rien eu à déclarer lors de son audition par le Ministère public de la Confédération: «Je n'entends pas entrer dans cette politi-

que des paillasons, qui est menée par le Conseil fédéral.»

Le MCG a déposé ce jour une pétition auprès des Chambres fédérales «pour la défense de la liberté d'expression», qui demande l'abrogation de l'article 296 du Code pénal suisse, complètement désuet qui punit l'outrage à Etat étranger. Cette disposition n'est d'ailleurs pas conforme à l'article 16 de la Constitution helvétique et à l'article 10 de la Convention européenne des droits de l'homme.

La France et l'Italie ont renoncé à poursuivre ces «délits politiques» d'un autre âge en abrogeant la disposition similaire que contenait leur législation. La Suisse doit refuser de s'agenouiller face à la Libye et aux autres systèmes dictatoriaux.

Eric Stauffer et le MCG vont continuer à se battre pour que les Suisses soient toujours fiers de leur pays.

*François Baertschi, secrétaire général du MCG*  
*Henry Rappaz, Député du MCG*

Ancien député et ancien conseiller municipal du Parti socialiste

## Daniel Sormani, candidat du MCG en Ville de Genève

Rassembleur, le Mouvement Citoyens Genevois réunit des personnalités de tous horizons, autant de gauche que de droite. Daniel Sormani rejoint le MCG et il sera candidat pour le Conseil municipal de la Ville de Genève lors des élections du 13 mars prochain.

Il a commencé par un engagement syndical dans les années 1970 avant de se lancer en politique pour défendre les ouvriers peu représentés dans ce cadre. Il a été conseiller municipal en Ville de Genève à partir de 1979 et député dès 1980 dans les rangs du Parti socialiste, à une époque où ce parti défendait encore les personnes modestes.

Daniel Sormani a privilégié les thèmes sociaux et l'aide aux chômeurs. C'est dans ce cadre qu'il a été l'initiateur de la fondation municipale genevoise Fondetec, dont le but est de soutenir la création de postes de travail par les entrepri-

ses. Pour avoir de l'emploi, il faut des entreprises, ce qu'a bien compris Daniel Sormani, qui s'inquiète de la disparition des emplois de proximité pour les Genevois et des difficultés des PME.

Daniel Sormani s'est également investi dans le logement social, en s'impliquant notamment dans des coopératives d'habitation.

Il se reconnaît dans le pragmatisme du MCG qui veut mettre en avant le Citoyen et défendre les intérêts des résidents genevois, concrètement.

Le MCG, mouvement rassembleur, continue à drainer autant à gauche qu'à droite. De plus en plus d'habitants de notre canton se reconnaissent dans ses valeurs citoyennes, qui mettent au cœur de notre action les résidents genevois.

*Eric Stauffer, président du MCG*  
*Carlos Medeiros, président de la section Ville de Genève du MCG*

Le château de Penthes menacé

## Le MCG défend les Suisses de l'étranger

**Le Conseil d'Etat genevois chasse, du château de Penthes, le Musée des Suisses dans le monde. Dans le même temps, le Gouvernement dépense 14 millions pour une boîte de nuit! Le MCG défend la fierté de Genève et de notre pays.**

Le Conseil d'Etat genevois a décidé d'expulser le Musée des Suisses de l'étranger du magnifique château de Penthes. C'est un symbole important auquel s'attaque le Gouvernement en détruisant ce musée qui est consacré au rôle de la Suisse dans le monde à travers les siècles.

**Le MCG est fier des Suisses de l'étranger**

Le MCG est fier de cette histoire et

du rôle de notre pays à travers le monde. Nous défendons la place importante des Suisses de l'étranger, qui doit être honorée.

C'est pourquoi ce musée a une place tout à fait importante et mérite d'être sauvegardé. Ceci, le Conseil d'Etat ne l'a pas compris.

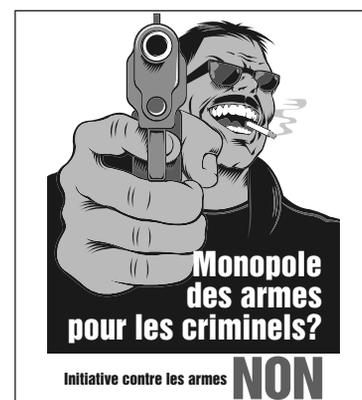
Pire, le Gouvernement préfère financer 14 millions pour une boîte de nuit. On croit rêver. Ce Conseil d'Etat veut détruire toute trace de notre histoire et mettre fin à cette image positive de notre pays.

**Pas de château pour le Conseil d'Etat!**

Méprisés, les Suisses de l'étranger méritent mieux. Ils ont droit à ce musée qui permet de mieux comprendre les relations qui ont été tissées pendant des siècles entre nos cantons et les pays des différents continents. Ce château ne doit pas être réservé au Conseil d'Etat qui veut se garder ce lieu pour des réceptions. Non, ce lieu doit rester à disposition du public et de tous ceux qui ont une certaine image de la Suisse.

Le Conseil d'Etat n'a pas à se réserver un château au détriment de notre pays!

*Eric Stauffer, président du MCG*  
*Carlos Medeiros, vice-prés. du MCG*



## Leserbriefe

## Eine anspruchsvolle Aufgabe

In meinen jungen Berufsjahren hatte ich durch meine Tätigkeit oft Einblick ins Familienleben anderer. Schon damals wurden mir die Werte bekannt, wo die Mutter ganztags für die Kinder da war und keiner Erwerbstätigkeit nachging. Eine Mutter und Hausfrau führt ein Unternehmen mit all den vielseitigen Berufen wie, Managerin, Finanzchefin, Lehrerin, Psychologin, Haushälterin, Köchin, Gärtnerin und vieles mehr.

Es ist sicherlich eine schöne Aufgabe die eigenen Kinder selbst zu erziehen und ihnen moralische sowie menschliche Werte und Erfahrungen aus dem Leben zu vermitteln. Durch Liebe und aufopfernde Tätigkeit der Mutter zu jeder Zeit erfährt das Kind, was Selbstverantwortung heisst. Mit diesem Reifungsprozess werden verantwortungsbewusste Menschen herangebildet.

Der Gedanke in mir, dass eine selbst erziehende Mutter eigentlich einen Lohn für ihre anspruchsvolle Aufgabe erhalten sollte, erhärtete sich, nachdem ich selbst eine Familie gründete. Nun, etwa 35 Jahre später, macht es der Kanton Freiburg vor, ab Juli 2011 gewährt er als erster Kanton auch den Müttern und Hausfrauen, die

keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, einen bezahlten Mutterschaftsurlaub. So wird den betreffenden Müttern 14 Wochen die Hälfte der höchstmöglichen AHV-Rente ausbezahlt (monatlich Fr. 1140.–). Mit dieser Pionierleistung werden die Werte von Mutter und Hausfrau, die für das häusliche Wohl sorgt, erstmals in der Schweiz honoriert.

In Winterthur ist dies anders: Hier werden laufend mehr Kinder- und Säuglingsplätze mit Steuergeldern finanziert und Karrierefrauen herangebildet. Dadurch wird teils massloses Konsumverhalten provoziert. Ich erlaube mir dies ins Feld zu führen, da ich täglich beobachte mit welchen Luxusautos und gar Offroadern die Kinder zur Krippe gefahren werden. Grundsätzlich ist nichts gegenüber Frauen die nach Karriere streben einzuwenden, jedoch stösst es mir sauer auf, wenn gegenüber Müttern und Hausfrauen die Äusserung gemacht wird **«Was, nur Familienfrau sind Sie!»**.

Ich denke, eine minimale Wertschätzung sollte für das Engagement der Familienfrau vorhanden sein.

Marcel Stutz, Gemeinderat SD, Winterthur

## Säbelrasseln aus Brüssel gegen die Schweiz!

Scheinbar grassiert im Bundeshaus zu Bern die Epidemie «Volksvermögen verbraten ohne Verstand und Gegenwert»!

Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf versucht im Parlament 30 Milliarden CHF für den IWF / zur Stützung des Euros locker zu machen und meint wohl, wenn sie «trällert», so werde das Geschäft durchgewunken; und wisst Ihr, was der Gegenwert des IWF gewesen wäre? Ich sags Ihnen: eine simple Papier-Quittung!

Zum Glück haben wir noch einige Frauen und Männer in Bern, die den Kopf über den Schultern haben und gegen diesen Wahnsinn angehen.

Selbstverständlich haben wir seit langem «Maulwürfe» in Bern, welche unsere Rechte und unsere Freiheiten ständig weiter untergraben (z.B. die oben erwähnte BR E. Widmer-Schlumpf, die uns biometrische Pässe verpasste; die Allgemeine Volksinitiative ersatzlos abschaffte; uns den Staatsvertrag mit den USA von einer Volksabstim-



*Die Landsgemeinde oder Gemeindeversammlung ist die ursprüngliche Form der Demokratie. Leider ist dieses Diskutieren und Abstimmen in grossen Städten heute nicht mehr möglich!*

mung fern hielt; das Bankgeheimnis sogar bei uns im Inland aufheben will, usw. Von dieser Feindin der direkten Demokratie ist nur noch Falschheit und Verlogenheit zu erwarten!). Solche Leute, die leider in unseren Regierungen und Parlamenten sitzen, sind einer internationalen Hochfinanz-Elite hörig, die praktisch alles inszeniert wie Kriege, Wirtschafts- und Finanzkrisen; übrigens auch Morde an Staatsmännern, die nicht mehr nach ihrer Pfeife tanzten (z.B. Lincoln, Arbenz, Mossadec, Kennedy,

Allende). Fast jedes grössere Vergehen geht bis heute auf ihr Konto. Wir haben nichts verloren, weder in einer EU, die uns neulich sogar eine «dynamische Anpassung» ihrer Rechtsnormen aufzwingen will (das heisst nichts anderes, als automatische Übernahme von fremdem EU-Recht ohne vorherige Volksabstimmung und/oder Parlamentsbeschluss), noch in anderen Organisationen mit schön klingenden Namen. Wir müssen uns mit aller Macht den EU-Forderungen und auch denen der Weltbank/IWF und WTO entziehen, denn es wird nicht bei der Forderung bleiben, dass unsere Volks- und Souveränitätsrechte immer mehr eingeschränkt werden. Eigentlich sollte das inzwischen eine breite Bevölkerungsschicht gemerkt haben!

Wir müssen weder den Euro retten, noch irgend etwas anderes, denn alles geht auf das Konto der Zentralbanker, die wiederum dieser Hochfinanz-Elite angehören und die das «wirtschaftliche Wetter» für uns Menschen macht. Es ist nicht nur ihr Ziel, die Menschen und Regierungen systematisch verarmen zu lassen, sondern ebenfalls durch künstlich erzeugte Krankheiten (wie Sars, Vogelgrippe, Schweinegrippe), Impfungen und Verhinderung der Natur- und Erfahrungsmedizin usw., die Menschen auf diese Weise unter Kontrolle zu bringen.

Irland wurde nach seinem ersten Volks-Nein zum Lissabonner Vertrag wirtschaftlich weich geklopft, damit in einem zweiten Anlauf die Bevölkerung gegen ihre innere Überzeugung ein Ja in die Urne abgeben musste. Sie haben es nämlich nicht freiwillig getan!

Leider haben wir in unserem Lande ebenfalls Verräter und diese müssen aus der Regierung entfernt werden!

Unsere Regierung muss kein Geld an korrupte Organisationen verschenken, sondern müsste alles tun, dass das Schweizervolk nicht in die Abhängigkeit dieser Organisationen gerät!

Auch, was der sogenannte «Freihandel» in der Landwirtschaft anbetrifft: Auf diese Weise wird unseren kleinen- und mittelgrossen Bauern auf perfide Weise die Existenzgrundlage entzogen. Wenn diese dann einmal nicht mehr vorhanden sind, werden wir noch abhängiger von Agrarkonzernen, Gentechpatenten und Nahrungsmittelimporten sein, denn man kann bekanntlich weder Geld, Aktien noch Liegenschaften essen. Auch hier ist es bereits schon Tatsache, dass wir unser Volk wegen Überbevölkerung (infolge Einwanderung!) und Verschandelung unse-



*Welche Armee haben wir im eigenen Land?*

rer Grünflächen leider nicht mehr selber ernähren könnten, wens mal brenzlich würde. Wehe, wenn die Grenzen einmal, infolge Zusammenbruchs des Dollars, des Welthandels und unterbrochenen Öllieferungen geschlossen sind und keine Transporte mehr durchkommen, weil in Rotterdam und in Genua die nationalen Regierungen alles beschlagnahmen. Wo bleibt dann unsere Ernährungssouveränität?

Niemand darf so blauäugig sein und glauben, dass wir, seit dem Mauerfall 1989 den Frieden gepachtet hätten. Gerade dieser vorgegaukelte «Friede» seit der Auflösung des Warschauer-Paktes, ist sehr trügerisch. In vielen Ländern, nicht nur China, Russland und Indien, sondern auch im Nahen Osten und in Afrika, werden die Armeen nicht abgerüstet, sondern vergrössert und sogar modernisiert. Auch in Europa kehrte seither der Frieden nicht ein: Es sei nur an Bosnien, Kosovo, Serbien, Moldawien/Transnistrien, Baskenland und Tschetschenien erinnert. Wer es noch nicht weiss, auch unsere Sicherheit im militärischen Bereich ist auf Messers Schneide, denn man verschrottet, schafft auf Vorrat ab und verkleinert auf törichte Weise den Truppenbestand, als sei der Weltfrieden schon umgesetzt worden! Sogar die persönliche Waffe will man den Soldaten wegnehmen und im Zeughaus einlagern! Dies läuft auf eine Entwaffnung und Stilllegung unserer Wehrkraft hinaus und schwächt entscheidend die Verteidigungsbereitschaft der Schweizer Bevölkerung gegenüber Überraschungsangriffen von aussen, wie von innen! Leute, wie Gaddafi und die islamistischen Bruderschaften, welche in diversen arabischen Ländern schon bald an die Macht kommen werden, reiben sich jetzt schon die Hände ab unserer Thorheit, denn diese Länder rüsten nämlich nicht ab, sondern auf!

Zudem haben sie durch Einwanderung in europäische Länder praktisch jetzt schon so etwas wie eine 5. Kolonne präsent (zirka 400 000 Moslems in der Schweiz!), aus deren Mitte auch bei uns deren Extremisten jederzeit zuschlagen könnten!

Walter Wobmann, Zürich

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**

Bernhard Hess, e. Nationalrat,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/  
e. Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden

Markus Borner, e. Grossrat, Basel

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

## Pflegende Angehörige erhalten keinen Lohn!

Es ist in der Schweiz nach wie vor so, dass Angehörige, welche bei einem Familienmitglied die Pflege, oder einen Teil davon übernehmen, keine Entlohnung erhalten. Es gibt Menschen, welche ihren Beruf (teilweise) aufgeben, um ein krankes, dementes, oder anderweitig behindertes Familienmitglied zu betreuen.

Weil aber innerhalb der eigenen Familie keine Rechnung für diese Einsätze, die «Gold» wert sind, gestellt werden kann, wird in der Öffentlichkeit und von Amtes wegen noch immer davon ausgegangen, dass diese Arbeit auch nichts wert ist. Das ist, gerade im Hinblick auf die immer älter werdende Bevölkerung, welche auch zusehends mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen hat, inakzeptabel und ein grosser Missstand.

Schlafen eigentlich die vielen Sozialpolitiker? Wo bleiben endlich wirksame politische Vorstösse, um zu erreichen, dass bei ärztlich attestierter Krankheit oder Behinderung die Betreuung durch eine Angehörige oder einen Angehörigen ebenso bezahlt wird, wie wenn Fremde dies tun?

Schliesslich gilt es zu bedenken, dass nicht alle zuhause Betreuten es schätzen, wenn fast täglich eine andere Pflegefachperson die Wohnung oder das Haus betritt.

Marcus Stoercklé jun., Basel



## So nicht, Philipp!

bez. **Keine Stimme** bei den Nationalratswahlen vom kommenden Oktober für **Philipp Müller** (FDP/AG)! Er, der frühere Initiant der 18%-Initiative und Hardliner in der Ausländerfrage liess sich kürzlich zusammen mit der St. Galler FDP-Regierungsrätin und nach aussen auch bekannt für ihre «harte» politische Haltung, zur künftigen schweizerischen Ausländerpolitik – **aus der Sicht der wirtschaftsfreundlichen Freisinnigen/Liberalen** – verlauten. Müller sagte wörtlich: **«Wir brauchen die Einwanderung aus der EU sowie die-**

**jenige von qualifizierten Personen aus Drittstaaten.»** Ingenieure, Ärzte und Krankenschwestern seien willkommen, weil die Schweiz zu wenig solche ausbilde...

Claro, die Schweizer Wirtschaftsführer benötigen Arbeitskräfte à discrétion. Unwichtig dabei sind die arbeitslosen Schweizerinnen und Schweizer; die jungen Leute, die keinen Ausbildungsplatz kriegen! Und nicht zu vergessen: Der Generalbauunternehmer Philipp Müller braucht auch Mieter/Käufer für seine Wohnungen in neu erstellten Immobilien!

## SD gegen Entwaffnungsinitiative!

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat einstimmig mit 29:0 Stimmen beschlossen, **die Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt» abzulehnen.** Das linke Volksbegehren zielt einzig auf die Entwaffnung der Armeeangehörigen. Wer aber die Schweizer entwaffnet, schafft ein Waffenmonopol für kriminelle Ausländer!

### Bevölkerungszunahme stabilisieren

Weiter hat der SD-Zentralvorstand den Text für die SD-Volksinitiative «für eine stabile Bevölkerungsent-

wicklung» bereinigt. Das neue SD-Volksbegehren verlangt, dass der Bund Massnahmen gegen die Überbevölkerung der Schweiz trifft. Insbesondere soll für eine ausgeglichene Wanderungsbilanz gesorgt werden.

Die Initiative soll anlässlich der SD-Delegiertenversammlung vom 26. März 2010 in Suhr beschlossen werden.

SD-Medienmitteilung,  
Bernhard Hess, e. Nationalrat,  
SD-Geschäftsführer, Bern

**Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!**

### Abonnement

**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!  
 Nur Zeitungsabonnement  
 Nur Adressänderung  
\_\_\_ Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

## SD-Abonnement 2011

Dieser Ausgabe liegt als Abonnementsrechnung für das Jahr 2011 ein Einzahlungsschein bei. Der Preis für das Jahresabonnement beträgt weiterhin mindestens 45 Franken (und nicht Euros!). Bitte vermerken Sie Ihre Abonnementseinzahlung mit dem Hinweis «Abo2011».

**Diesen ES nur verwenden, falls Sie das Abo 2011 noch nicht bezahlt – oder keine Rechnung im persönlich adressierten Brief erhalten haben.**

Weiter bitten wir Sie, unsere Zeitung in ihrem Bekanntenkreis weiterzugeben, verbunden mit der Aufforderung, den «Schweizer Demokrat» ebenfalls zu abonnieren. Auch können Sie jederzeit weitere Exemplare unserer Zeitung mit nebenstehendem Bestelltalon kostenlos zum Verteilen beziehen. Für Ihre materielle und ideelle Unterstützung danken wir ganz herzlich und wünschen Ihnen einen guten Start ins neue Jahr.

Ihre Parteileitung der  
Schweizer Demokraten (SD)

## Waffenmonopol für Verbrecher? – Entwaffnungs-Initiative NEIN

### Bestelltalon Plakate und Flugblätter

Ich bestelle

..... (Anzahl) Plakate Format A2 (Klein-Plakat)

..... (Anzahl) Plakate Weltformat F4 (Gross-Plakat)

..... (Anzahl) Flugblatt A4 (zweimal gefalzt)



### Adresse der Bestellerin / des Bestellers

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Strasse / Nr. \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern  
Fax 031 974 20 11 – E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch